

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

66 (25.3.1950)

WINSER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60, Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 435 85, Chefredakteur: Hermann Jerrtrup, Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2249, Vertriebsstellen: Offenburg, Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 3,50 einsch. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 3,05 zuz. DM — 54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Stadt Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 1. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 66

Samstag, 25. März 1950

Preis 15 Pfg.

Eine Regierung der Würdelosigkeit

Etatrede Fritz Risches im Bundestag: Die wahre Regierung sitzt nicht in Bonn, sondern ist die Ruhrbehörde in Düsseldorf Ihre Politik ist die der Kolonisierung und des Niedergangs Westdeutschlands — Keinen Pfennig dem Marshallplan-Ministerium!

Bonn. (EB) „Heute morgen erlebten wir die ganze Würdelosigkeit dieser Regierung. Ich muß darauf verweisen, daß das hohe Haus den Beschluß fassen mußte, den verantwortlichen Bundesminister für die Angelegenheiten des Marshallplans aus einer Sitzung der Ruhrbehörde in Düsseldorf nach Bonn zu zitieren. Die wahre Regierung für Westdeutschland — das hat sich heute morgen erwiesen — sitzt nicht hier auf dieser Regierungsbank, sondern sie sitzt in Düsseldorf. Es ist die Ruhrbehörde.“ Diese, die Adenauer-Regierung treffend charakterisierenden Worte stellte Fritz Rische, der Sprecher der kommunistischen Fraktion im Bundestag, bei der Debatte um den Haushalt des Marshallplanministeriums fest. Er wurde für diese Feststellung zweimal durch den Präsidenten mit einem Ordnungsruf bedacht, womit aber die von Fritz Rische ausgesprochenen Wahrheiten nicht aus der Welt geschafft sind, woran auch die Pfui- und Schmährufe der Regierungsparteien nichts ändern.

Fritz Rische führte weiter aus, daß die Vorlage des Haushalts des Marshallplanministeriums mit aller Deutlichkeit zeigt, daß die Bundesregierung in Westdeutschland in ihren Entscheidungen und Entschlüssen nicht nach deutschen Gesichtspunkten, sondern weitgehend unter Druck ausländischer Mächte und der Hohen Kommission handeln muß. Bei der Bildung des Bundesministeriums für den Marshallplan

wurde darauf verwiesen, daß es aus Gründen wirtschaftlicher Notwendigkeit geschaffen werden müsse. Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion erklärte dagegen, daß dieses Ministerium neben den Aufgaben der Wirtschaftspolitik noch sehr wichtige außenpolitische Funktionen wahrnehmen müsse. Wir Kommunisten können nun gar nicht einsehen, worin gerade diese außenpolitischen Funktionen des Marshallplanministeriums in Wirklichkeit bestehen sollen. Ist es doch eine Tatsache, daß alles das, was wir im Rahmen des Marshallplans in Westdeutschland durchführen bzw. hinnehmen müssen, auf Befehl von Mr. Hoffmann in Paris geschieht und dieser diktiert in allen Fragen der deutschen Wirtschaft seinen amerikanischen Standpunkt, den Standpunkt der amerikanischen Monopole. Wir Kommunisten stellen darum fest — und die wirtschaftliche Entwicklung beweist es uns — daß wir heute keine unabhängige Wirtschaftspolitik mit all ihren Folgen hinnehmen müssen. Das Ministerium für Angelegenheiten des Marshallplanes wurde auf Wunsch der Amerikaner gebildet, um die

amerikanische Wirtschaftspolitik in Westdeutschland durchzuführen. Und das Ergebnis der Politik dieses Marshallplan-Ministeriums? Das Ergebnis dieser Politik liegt heute den werktätigen Menschen in Westdeutschland, jedem einzelnen Menschen zur Einsicht vor. Die Ergebnisse sind die 2 Millionen Arbeitslosen, sind die Kurzarbeiter, sind die demnächst erfolgenden Angriffe auf die gegenwärtigen Löhne.

Es findet dies seinen Ausdruck in der Politik der verbrannten Erde, in der Politik der Zerstörung und Demontagen deutscher Wirtschaftsanlagen an den verschiedensten Punkten Westdeutschlands. Diese Politik findet ihren Ausdruck auch in der nach wie vor erzwungenen Ausfuhr von Rohstoffen aus dem Ruhrgebiet und in der Unmasse von Exportbehinderungen, die für Westdeutschland im Zeichen des Marshallplans nach wie vor Geltung haben.

Amerikanische Krise nach Westdeutschland gebracht

„Im Verlaufe dieser Marshallplanpolitik und mit Hilfe des Marshallplan-Ministeriums in Westdeutschland wurde die amerikanische Krise mit all ihren Folgen nach den Westzonen gebracht.“ betonte Fritz Rische. Er machte darauf aufmerksam, daß der Schreckensruf „1952“ gerade auch im Bundestag schon so oft zu hören war, daß im Jahre 1952 die angeblichen Hilfsbeträge über den großen Teich nicht mehr fließen und daß dann die deutsche Wirtschaft nur noch das verzehren kann, was sie selbst erarbeitet. Es sei interessant zu verfolgen, mit welchen Methoden die Regierung ihre Politik der Verlängerung des Marshallplans, der sogenannten Hilfsleistung aus den USA betreibt. Fritz Rische führte dann die verschiedenen Dokumente und Memoranden der Bundesregierung an, in denen das Gespenst des wirtschaftlichen Niederganges in aller Kraftheit an die Wand gemalt wird. In ihnen sagt man der Weltöffentlichkeit, daß

es der Adenauer-Regierung nach 1952, wenn die sogenannte Amerikahilfe nicht mehr fließt, nicht mehr möglich sein wird, überhaupt noch eine Wirtschaftspolitik zu führen. „Wir verstehen Ihre Sorgen.“ wandte sich Fritz Rische an die Abgeordneten, „denn wir wissen ganz genau, daß das Jahr 1952 letzten Endes nichts anderes ist als das Jahr der Zahlung der Zinsrate der Marshallplan-Politik, die das deutsche Volk dann zu tragen haben wird.“

Liberalisierung — Wirtschaftskolonialisierung

Fritz Rische setzte sich dann mit der sogenannten Liberalisierung der Wirtschaft auseinander, die von Herrn Marshallplanminister Blücher so begeistert durchgeführt wird. „Wir Kommunisten möchten einmal klarstellen, daß dieses Wort „Liberalisierung“ (Fortsetzung auf Seite 2)

Barrikadenkampf in Süditalien

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Italiens „Unita“ hatte in ihrem Leitartikel über den erfolgreichen Generalstreik der italienischen Arbeiter gegen den Terror de Gasperi vorausgesagt, daß dem italienischen Volk und der Arbeiterbewegung weitere harte und schwierige Etappen des Kampfes bevorstehen. Daß aus Anlaß eines Polizeiberufes sofort nach Abschluß des ganz Italien umfassenden 12stündigen Streiks in Parma erneut ein 24stündiger Generalstreik durchgeführt werden mußte, bestätigte dies. Ebenso, daß gestern in Sansevero streikende Arbeiter sich in einer Straßenschlacht gegen die Polizei zur Wehr setzen mußte. Vorausgegangen waren Übergriffe von Polizisten gegen die Streikenden, die daraufhin diese entwaffneten. Gegen die dann aus Foggia herbeigerufenen, nach Tausenden zählenden Polizisten und Truppen, verteidigten sich die Einwohner San Severos auf Barrikaden. An der Seite der Männer standen in diesem bewaffneten Kampf deren Frauen. Auch in übrigen Orten der apulischen Provinz kam es zu Zusammenstößen. Die Polizei kann trotz Panzerwagen und selbst des Heeresinsatzes unter Verwendung von Artillerie den landhungrigen Bauern und Arbeitern das Recht auf die Straße nicht streitig machen.

In Feletri bei Rom begegneten die Arbeiter der von der Wehrleitung durchgeführten Schließung der wichtigen Sprengpulverfabrik mit der Besetzung des Werkes.

„Dixmuide“ auch in Tunis nicht entladen Araber und Franzosen im Friedenskampf vereint

Tunis. (EB) Nachdem die französische Regierung in keiner ihrer Hafenstädte die Kriegsrakete der „Dixmuide“ aus Amerika ausgeladen bekommt, hat sie diese nach Nordafrika dirigiert. In Tunis sollten die 48 amerikanischen Kampf- und Jagdflugzeuge des französischen Flugzeugmutterlandes an Land gebracht werden. Die tunesische Bevölkerung ist dem Beispiel der Friedensfreunde des französischen Mutterlandes nicht nachgegeben. Als die „Dixmuide“ eintreffen sollte, kam es im Hafen von Tunis, sowie vor der französischen Generalresidenz zu großen Demonstrationen und Protestkundgebungen. Die Dockarbeiter traten sofort gegen die amerikanischen Waffenlieferungen in den Streik. Der Friedenskampf fand in

Tunis Araber und Franzosen vereint. Es ist damit zu rechnen, daß nunmehr die „Dixmuide“ den Hafen von Biserta anlaufen soll. Die dortigen Dockarbeiter haben beschlossen, gleichfalls in den Streik zu treten und sind in höchster Alarmbereitschaft.

Kriegstransport verhindert

Roanne. In der mittelfranzösischen Stadt Roanne sollten aus einem Waffenlager Kriegsmaterial, darunter Panzer, zum Verladebahnhof transportiert werden. Eine nach tausenden zählende Menschenmenge verhinderte dies. Zwischen den Polizisten, die mit riesigem Aufgebot die Verladung erzwingen wollten, und den Demonstranten kam es zu schweren Zusammenstößen.

Im Streiflicht gezeihen

Superflugzeug abgestürzt

New York. Ein amerikanisches Langstrecken-Superflugzeug vom Typ B 30 ist mit einer 14köpfigen Besatzung im Staate Arizona aus 5000 Meter Höhe abgestürzt. Zwölf Besatzungsmitglieder sollen ums Leben gekommen sein. Augenzeugen erklärten, das Riesenflugzeug sei „wie eine Bombe“ auseinandergefallen. Die Trümmer der Maschine wurden weit zerstreut. (Nach Reuters)

Die Marshallstäbe Soult und Neys gestohlen

Cateaudun. Einbrecher erbeuteten die goldenen Marshallstäbe der beiden Marschälle Napoleons Soult und Ney, die in einem Schloß bei Cateaudun (Nordwestfrankreich) aufbewahrt wurden. (Nach Reuters)

Gefährlicher Maskenball des UNO-Personals

Genf. Beinahe wäre ein für Donnerstagabend geplanter Ball des Genfer UNO-Personals von der Polizei verboten worden. Die Behörden hätten nämlich herausgefunden, daß es ein Maskenball werden sollte. Daraufhin leitete man dem Organisationskomitee der Veranstaltung folgendes mit: 1. sei es gesetzwidrig, maskiert die Straßen der Stadt zu betreten, und 2. habe der Präsident des Treuhänderschafts, Roger Garreau kürzlich von der Terrororganisation der Palästina-Araber in Ägypten einen Drohbrief erhalten. Daher könnte ein Maskenball Gelegenheit zu unerwünschter Tarnung bieten. Die Veranstalter des Balles beschlossen daraufhin, ein Fest unmaskiert abzuhalten. (Nach Reuters)

Auch in England Flugzeugabsturz

Aylesbury (Buckingshamshire) Eine RAF-Maschine vom Typ Anson stürzte in der Nähe von Aylesbury (Buckingshamshire) ab und verbrannte. Alle sechs Insassen kamen ums Leben. (Nach Reuters)

Köln Autospringer-Prozess begann

Köln. Nach einmonatiger Vorbereitung begann vor dem Kölner Landgericht ein Prozess gegen 35 Personen, die nach der Währungsreform als Autospringer-Bande das Gebiet östlich Kölns bis in den Westerwald durch Diebstähle unsicher machten.

Die bisherigen polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß die Bande Fernlastwagen mit schnellen Fahrzeugen verfolgten, während der Fahrt auf sie übersprangen, die Deckenplanen zerschmetterten und die teilweise wertvollen Industriegüter abhandeln. Die Ladungen wurden von nachfolgenden Wagen in Sicherheit gebracht. Die Angeklagten sind größtenteils noch sehr jung, einige gerade erst 21 Jahre alt. Der Prozess wird voraussichtlich 14 Tage dauern. 60 Zeugen sollen geladen werden.

Gestellte Automarder

Berlin. Durch überraschend schnellen Zugriff gelang es der Berliner Kriminalpolizei, sieben Autodiebe festzunehmen, die am Klinkerturm in Neukölln und am Kurfürstendamm laufend Autos (meistens Opel-Olympia) stahlen, die Wagen umfrisierten und mit neuen Fabriknummern versehen.

Neuer Immunitätsbruch durch Besatzungsmacht

Abgeordneter Landwehr verhaftet — Die Polizisten höhnten: „Die Immunität ist für uns einen Dreck wert.“

Osnabrück. (EB) In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag gegen ein Uhr wurde der Landtagsabgeordnete und Sekretär der KPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Ludwig Landwehr, Osnabrück, von englischen Polizeibeamten, die von dem deutschen Kriminalbeamten Hartung aus Osnabrück begleitet waren, verhaftet und verschleppt. Da das Öffnen der Tür nicht sofort geschah, versuchten sie durch Anwendung von Gewalt die Tür aufzubrechen. Ohne einen schriftlichen Haftbefehl vorweisen zu können, ohne Angabe, wer ihnen den Auftrag erteilt habe, erklärten sie, Ludwig Landwehr verhaften zu müssen. Auf den nachdrücklichen Hinweis des Landtagsabgeordneten, daß er Immunität genieße, erklärten die Polizisten höhlich: „Die Immunität ist für uns einen Dreck wert.“

Der Abgeordnete Landwehr wurde wie ein Schwerverbrecher auf Schritt und Tritt überwacht und dann gewalttätig in ein bereitstehendes Auto gezerrt. Die Frau des Landtagsabgeordneten ist schwer krank und bettlägerig. Ihr wurde keinerlei Auskunft

darüber gegeben, welche Dienststelle für die Verhaftung verantwortlich ist und aus welchen Motiven sie geschah.

Wie wir erfahren, hat die Landtagsfraktion der KPD sofort Protestschritte bei dem Präsidenten des niedersächsischen Landtags unternommen.

An den Landeskommissar Brigadier Lingham, Hannover

Das zentrale Verteidigungskomitee im Demontagestop-Prozess zu Hannover protestiert mit aller Schärfe gegen einen erneuten Immunitätsbruch durch die britischen Behörden. Am 23. 3. 1950 wurde gegen 1.30 Uhr der Abgeordnete des niedersächsischen Landtags, Ludwig Landwehr, in seiner Wohnung in Osnabrück, ohne Angabe von Gründen und ohne Vorliegen eines Haftbefehls

durch Beamte der britischen Militärpolizei verhaftet. Diese Verhaftung ist eine erneute Verletzung des Bonner Grundgesetzes und bedeutet eine Mißachtung der Auffassung aller Präsidenten Westdeutschlands, der Landtage und des ganzen deutschen Volkes. Wir fordern die sofortige Freilassung des Abgeordneten Ludwig Landwehr.

Zentrales Verteidigungskomitee im Demontagestop-Prozess zu Hannover, Karl Hartmann, Vorsitzender

USA haben sich „auf das ethische Niveau von Barbaren begeben“

Der frühere amerikanische Botschafter bei der Vichy-Regierung Admiral Leahy, veröffentlichte in den USA ein Buch, in dem er seiner Ueberzeugung darüber Ausdruck gab, daß die Anwendung der Atombombe im Krieg gegen Japan nicht von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sei, da Japan schon vorher besiegt war. Dadurch, daß die USA als erstes Land die Atombombe zum Einsatz brachten, schreibt Leahy, „haben wir uns auf das ethische Niveau von Barbaren begeben.“

Westdeutschland ist kein Rechtsstaat!

Hermann Nuding fordert Absetzbarkeit der Richter

Zu den Regierungsparteien: „Ihnen ist nur das Recht, was Ihnen nützt“

Bonn. (Eig. Ber.) In der Debatte um den Haushalt des Justizministers nahm der kommunistische Abgeordnete Hermann Nuding das Wort. Er erklärte daß man dem Volk schlecht zumuten könne, zu einer Justiz Vertrauen zu haben, deren höchste Beamte über 85 Prozent im Namen der Weimarer Verfassung, im Namen des Führers Recht sprachen und die es jetzt im Namen des Volkes nach dem Bonner Grundgesetz tun. Obwohl die Bonner Parteien immer die westlichen Demokratien zu ihrem Vorbild nehmen, sei ihnen aber doch noch nicht eingefallen, allen dieser Staaten üblich ist, einzuführen. Wenn ein Richter Recht spricht, dann müsse er auch vom Volke abgesetzt werden können.

„Haben wir überhaupt schon einen Rechtsstaat in Westdeutschland“, fragte Hermann Nuding die Abgeordneten, „wenn die Besatzungsbehörden deutsche Beamte anweisen können, das Grundgesetz zu brechen?“ Und das es so ist bewies Hermann Nuding an dem letzten Fall, der sich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ereignete. „Diese Nacht um 1 Uhr wurde der niedersächsische Landtagsabgeordnete, Ludwig Landwehr, von zwei englischen und einem deutschen Polizeibeamten aus dem Bett heraus verhaftet, und niemand weiß bisher, wo er sich befindet.“

Als dies Hermann Nuding verkündete, hätte jeder anständige Deutsche annehmen können, daß sich der ganze Bundestag lei-

denschaftlich entrüstete. Aber für diese Tatsache kolonialer Unterdrückung hatten die Abgeordneten der Regierungsparteien nur ein Hohlhachen übrig. „Damit haben Sie bewiesen“, geißelte Hermann Nuding dieses beschämende Gebaren, „daß Ihnen nur das Recht ist, was Ihnen nützt.“ Daß den Regierungsparteien die Besatzungswillkür nützt, ist also auch an diesem Beispiel zu erkennen.

„Dat hab ich jar nich jesacht“

Bonn. (Eig. Ber.) Kaum war das Adenauer-Interview veröffentlicht, sieht sich das Bundespresamt veranlaßt, die Demontierspritze in Aktion zu setzen. Die Dr. Adenauer nahestehende „Kölnische Rundschau“ schreibt in der heutigen Ausgabe: „Der Kanzler sagte, er ermächtigte die Agentur des International News Service, seinen Vorschlag als offizielles Angebot an die französische Regierung zu veröffentlichen, da die Bundesrepublik keine diplomatischen Beziehungen zu Frankreich unterhalte.“

Das Dementi bestreitet diese Darstellung und sagt: „Wie aus dem inzwischen veröffentlichten amtlichen Text des Interviews hervorgeht, hat der Bundeskanzler im Verlauf desselben nichts derartiges gesagt.“ „Dat hab ich jar nich jesacht“ ist eine beliebte Ausrufung Dr. Adenauers. Daß der in dem Interview weitergegebene obige Satz von ihm gar nicht gebraucht wurde, ist durch dessen Fehlen in dem nachträglich



Wäre das deutsche Volk Zeuge ...

Bonn. (EB) „Ich wünsche nur, das ganze deutsche Volk wäre Zeuge der Vorgänge im Bundestag!“ Dies rief der Fraktionsvorsitzende der CDU-CSU-Fraktion im Bundestag, Dr. von Brentano, aus. Und wir können ihm nur beifügen, denn was sich heute in Bonn und während des ganzen Bestehens dieses westdeutschen Bundestages abspielt, würde dem ganzen deutschen Volk begreiflich machen, daß von diesem Separatstaat, diesem Parlament und dieser Regierung nichts zu erwarten ist, was den Interessen des deutschen Volkes dient. Was in Bonn vorgeht, ist eine Schande für das ganze deutsche Volk und muß ein Ansporn für alle Patrioten sein, diesen den Ruf des deutschen Volkes gefährdenden Treiben alsbald ein Ende zu setzen.

Nachdem die SPD- und KPD-Fraktion als Antwort auf die offizielle Billigung der politischen Haltung Hedlers den Sitzungssaal verlassen hatten, tagte der Bundestag mit einer mehrfach angezwungenen Mehrheit weiter, um den Kolonialhaushalt durchzuführen. Als wieder einmal die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt wurde — diesmal durch den Abgeordneten Loritz (WAV) — hatten die Regierungsparteien alle Mühe, um die nötigen Stimmen zusammenzubekommen. In letzter Sekunde gab Bundeswirtschaftsminister Erhard seine Stimme noch ab, so daß man wieder bei den berechtigten 202 Stimmen angelangt war, die schon einmal ausreichten, um die Adenauer-Regierung zu billigen. Der von der sozialdemokratischen Fraktion zurückgelassene Abgeordnete Müller zweifelte die Richtigkeit der Wahl erneut an. Der Präsident blieb die Nachprüfung der Anwürfe des Abg. Müller (SPD) schuldig.

Dann kam Herr von Brentano mit seiner hochpathetischen Erklärung. Er sprach von „Gewissenlosigkeit“, „Verantwortungslosigkeit“ und „Totengräbern der Demokratie“, ohne zu bemerken, daß diese sogenannte Demokratie schon längst gestorben ist und nur noch als Gespenst im weißen Haus in Bonn herumgeistert. Als dieser Monolog vorüber war, fühlte sich Herr Euler von der FDP bemüßigt, den Abgeordneten Loritz zurechtzuweisen, weil dieser an der Abstimmung nicht teilgenommen habe. Loritz blieb die Antwort nicht schuldig und protestierte gegen die Machenschaften der Regierungsparteien gegen die kleinen Fraktionen. Diese schrien organartig auf und knallten mit den Pultdecken, und ein CDU-Abgeordneter kam zu der Weisheit letztem Schluss: „Wir sind doch in keinem Narrenhaus!“ Daß es ausdrücklich dieser Feststellung bedurfte, charakterisiert wohl am besten, wie weit die Bonner „Demokratie“ gekommen ist.

Elb-Tunnel schon gefährdet

Hamburg. (EB) Die „Probesprengung“ mit der vor acht Tagen die Zerstörung des Hamburger Trockendocks eingeleitet wurde, zeltige schwerwiegende Folgen. Durch diese einzige Sprengung ist bereits der Elb-Tunnel aufs äußerste gefährdet. In verstärktem Maße tritt im Elb-Tunnel Sickerwasser auf. Es ist gegenüber der normalen die dreifache Menge.

„Wenn Dr. Dehler spricht ist es ein nationales Unglück“

Bonn. (Eig. Ber.) Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Arndt legt gegen den ihm in der letzten Plenarsitzung des Bundestages erteilten Ordnungsruf wegen seiner Äußerung, wenn Dr. Dehler spreche, sei es jedesmal ein nationales Unglück, Einspruch ein. Er erklärt, daß seine Äußerung nicht anders gefaßt werden konnte und der sachlichen Ueberzeugung von dem politischen Unvermögen des Bundesjustizministers Ausdruck gegeben habe. Eine persönliche Kränkung sei deshalb darin nicht zu erblicken.

Benzin kostet 55 Pfennig

Bonn. (NL) Allen Vorstellungen des deutschen Verkehrsgewerbes zum Trotz hat die bürgerliche Mehrheit des Bundestages am Mittwoch den Benzinpreis mit 55 Pfg. pro Liter festgesetzt. Für die Preiserhöhung, die die Existenz von rund 400 000 im Verkehrsgewerbe arbeitenden Menschen gefährdet, stimmten alle Abgeordneten der CDU, der FDP, der Deutschen Partei, der Deutschen Rechtsparität und weitere bürgerliche Splittergruppen. Die KPD hatte sich bekanntlich vom ersten Tage des Benzinpreis-Streites gegen jede Preiserhöhung ausgesprochen und die Beibehaltung des 40-Pfg.-Preises für den Liter gefordert.

(Fortsetzung von Seite 1)
 in Wirklichkeit den ganzen Sachverhalt nicht trifft. Die Liberalisierung bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als die Durchführung der amerikanischen Wirtschaftskolonialisierung in Westdeutschland. Zu diesem Zweck hat die Regierung Adenauer mit der Hohen Kommission das Marshallplanabkommen abgeschlossen. Dieser Vertrag ist das erste Werk des Ministeriums

für Angelegenheiten des Marshallplans. In diesem Vertrag ist ferner vorgesehen, daß deutsche Rohstoffe, daß deutsche Vorräte und deutsche Patente auf Anforderung der Amerikaner den amerikanischen Monopolen zur Verfügung gestellt werden sollen. Dieser Vertrag ist wiederum ein Beispiel dafür, welche Macht in Westdeutschland Wirtschaftspolitik betreibt.

Französisch-westdeutsche Union ein amerikanischer Plan

In diesem Zusammenhang ist es sehr interessant, auch an die Adenauerschen Wirtschaftsunionspläne mit den Franzosen zu erinnern, stellte Fritz Rische weiter fest. Diese Vorschläge wurden nach der Rückkehr McCloy aus den USA bekannt. Ich möchte annehmen, daß hier irgendwelche Inspirationen vorliegen, denn es ist uns sehr aufgefallen, daß die Forderung Adenauers auf Errichtung einer Union Frankreichs und Westdeutschlands in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet als die Verwirklichung der amerikanischen Pläne im westeuropäischen Kontinent. Und dann hörten wir von Adenauer, daß England heute schon zu müde geworden ist, um kühne Pläne zu verwirklichen. Diese kühnen Pläne hat aber die Regierung Adenauers. Und diese kühnen Pläne laufen darauf hinaus, den Rest Deutschlands, den sie hier noch in Westdeutschland haben, auch noch an die amerikanischen Monopole zu verkaufen.

Im Zuge der Durchführung der Marshallplanpolitik in Westdeutschland haben wir weder nationale Unabhängigkeit noch Souveränität noch eine eigene deutsche Wirtschaftspolitik durchführen können. Westdeutschland ist im Zuge der Marshallplanpolitik nicht mehr als ein deutsches Wirtschaftsgebiet anzusehen, sondern nur noch ein Gebiet der Expansionsgelüste der amerikanischen Monopole. Das läßt sich glänzend beweisen an der Politik der erzwungenen Durchführung des Stahlbargos gegen die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Fritz Rische wies dann anhand von Aeußerungen westdeutscher industrieller Kreise auf die eigentlichen Hintergründe dieses Stahlbargos hin. Und es stimmt, daß die Hohen Kommission der Bundesregierung am 10. Februar

den Befehl gab, dieses Stahlbargo zum Schaden der westdeutschen Wirtschaft, der westdeutschen Stahlwerke durchzuführen. In westdeutschen Industriezweigen ist man der Meinung, daß durch das Verbot der Einschaltung der Pariser Marshallplan-Organisation auf den innerdeutschen Handel ermöglicht werden solle. Das heißt nichts anderes als Kontrollbefugnisse der Marshallplan-Administration in Paris in ursächliche Angelegenheiten der deutschen Menschen in Ost- und Westdeutschland in der Angelegenheit der Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen, die seit Jahrtausenden, Jahr-

Deutsche kämpft um Eure Rechte Fordert Abzug der Besatzungsmächte!

hundert Jahren zwischen den deutschen Stämmen in West- und Ostdeutschland gepflegt werden und immer gepflegt werden müssen. Fritz Rische zitierte dann die Zeitung der westdeutschen Schwerindustrie, den „Industriekurier“, der geschrieben hatte, daß ein Geheimbeschluß, wonach Westdeutschland zum 10. Februar die Stahllieferungen in die Deutsche Demokratische Republik solange zu sperren habe, bis die technischen Voraussetzungen für eine Kontrolle des innerdeutschen Warenverkehrs durch die Marshallplanbehörde geschaffen sei, besteht. „An diesem Beispiel zeigt sich, wie sehr die Adenauer-Regierung von der Gnade Mr. Hoffmanns in Paris, von der Gnade des Marshallplans abhängig ist, und wie unheimlich die Auswirkungen des Marshallplans für die ganze westdeutsche Wirtschaft sich heute schon erweist“, betonte Fritz Rische.

3,9 Millionen für das Marshallministerium

3,9 Millionen aus den Steuergroschen des westdeutschen Volkes, und davon allein 1,7 Millionen DM als Beitrag für das ständige Marshallplanbüro Mr. Hoffmanns in Paris, für das Büro eines Vertreters der amerikanischen Monopole, mühen sich die Steuergroschen des deutschen Volkes gezahlt werden. Die Steuergroschen der deutschen Werktätigen in Westdeutschland werden dafür ausgegeben, den Vertretern der amerikanischen Monopole, die Westdeutschland wirtschaftlich, politisch und militärisch untertan machen wollen, noch eine Belohnung dafür zu bezahlen.

Fritz Rische setzte sich dann mit den einzelnen Positionen des Haushaltes des Marshallplan-Ministeriums auseinander. So unterhält die westdeutsche Regierung zurzeit eine Marshallplanmission in Washington, deren Leiter ein Sozialdemokrat ist, was bei

der Marshallplanfreudigkeit der Sozialdemokraten kein Wunder ist. Außerdem wird eine ständige Vertretung in Paris unterhalten. In Frankfurt ist dann noch ein ständiges Büro, ein sogenanntes ERP-Kontor, das den Nachweis über den Verbleib der aus der Marshallplanhilfe zur Verfügung gestellten Mittel immer wieder geben muß. „Es ist sehr mysteriös, wo oft diese Mittel aus dem Marshallplan überall hinfließen, und es ist interessant, daß dafür sogar ein eigenes Kontor unterhalten wird, um die Aufspürung aller derartigen Dinge, die seit 1945 in Westdeutschland vorgegangen sind, wenn darauf hingewiesen worden sei, daß es sich bei diesen Vertretungen um unabhängige deutsche Kontore handele, so beweist die tägliche Praxis des Marshallplans nicht nur in Westdeutschland, daß Washington diktiert“, sagte Fritz Rische weiter.

Die einzelnen Positionen

75 000 DM werden allein für „Sachverständige“ im Marshallplan-Ministerium benötigt, und ein Betrag von 65 000 DM soll für sonstige Gutachten auf völkerrechtlichem und wirtschaftspolitischen Gebiet ausgegeben werden. „Wo bleibt hier bei der Durchführung der Politik der amerikanischen Monopole das Völkerrecht?“ fragte Fritz Rische. 1,6 Millionen DM sind für die ständige Organisation des Marshallplans in Paris zu zahlen. „Und dann kommt ein interessanter Posten“, erklärte Fritz Rische. „Kosten der Publizitätsverpflichtungen aus dem ERP-Vertrag, der mit einer Höhe von 25 000 DM ausgewiesen ist. Davon 20 000 DM für Veröffentlichungen in der New Yorker Zeitung „New York Herald Tribune“. Es wäre sehr interessant, einmal zu erfahren, um was für Veröffentlichungen es sich hier handelt. Sind es etwa Annoncen der notleidenden westdeutschen Exportwirtschaft oder handelt es sich hier um Propagandaartikel zur Einführung des Marshallplans, also der Politik der Unterdrückung in Westdeutschland?“ fragte Fritz Rische den Marshallplan-Minister. Weiterhin ist ein Posten von 3600 DM ausgewiesen für die Drucklegung des dritten ERP-Vierteljahresberichts 1949, eines Berichts, den man wohlweislich einigen Abgeordneten dieses Hauses ver-

schweigt und unterschlägt. Das ist auch bezeichnend für die Politik des Marshallplans, daß man es vorgezogen hat, Kommunisten nicht in den Ausschuss für sogenannte ERP-Fragen hineinzunehmen, um möglichst die Politik der Amerikaner unkontrolliert vom Volke durchführen zu können. Ein Betrag von 1400 DM ist für die Vorbereitung von Ausstellungen, Drucksachen und Plakaten vorgesehen, Fritz Rische verwies auf die Verpflichtung im Marshallplanvertrag, wonach die westdeutsche Regierung gezwungen ist, für die Politik des Marshallplans, für die Politik der wirtschaftlichen Unterdrückung in Westdeutschland noch die notwendige Propaganda zu machen. Schließlich und endlich wird ein Betrag von 300 000 DM für den Umbau des Delegationsgebäudes in Paris angefordert, und in den Erläuterungen für diese Ausgabe heißt es so schön: „Für die vollständige Ausstattung der Empfangshalle im Erdgeschoß, des Treppenhauses, des Vorraumes im ersten Stock und des Sitzungssaales im ersten Stock, zweier Repräsentationszwecken dienender Räume in der Dienstwohnung des Missionschefs und des Gast- und Arbeitszimmers im dritten Stock... 85 000 DM.“ Repräsentation bei der Tatsache, daß wir das ärmste Volk von ganz Europa sind.

„Das Marshallministerium ist überflüssig“

Fritz Rische stellte zum Abschluß im Namen der KPD-Fraktion einige Abänderungsanträge. Der erste Antrag ist grundsätzlicher Natur. Er lautet: „Der Haushaltsplan des Bundesministeriums für Angelegenheiten des Marshallplans wird gestrichen.“ Fritz Rische wies darauf hin, daß die SPD-Fraktion zwar denselben Antrag gestellt habe, aber die Befugnisse dieses Ministeriums an das Bundeskanzleramt bzw. das Bundeswirtschaftsministerium binden will. Daran erkenne man, daß die SPD-Führung besonders klar in den Fragen des Marshallplans mit dieser Millionärregierung übereinstimmt. Fritz Rische beantragte weiter die Streichung der von ihm kritisierten Einzelposten und kündigte an, daß die KPD-Fraktion auch noch zu den anderen Haushaltsplänen der Ministerien bei der dritten Lesung Abänderungsanträge stellen werde. „Sie sollen es nicht so leicht haben bei der

Durchführung der Politik des Kampfes gegen das werktätige Volk“, rief Fritz Rische den Abgeordneten zu. „Sie sollen sich in all den Fragen entscheiden, in denen es darum geht, daß das deutsche Volk gegen eine Regierung und eine Politik geschützt werden muß, die nichts anderes bedeutet, als daß die Lasten des Krieges, die Lasten der Wirtschaftspolitik einseitig auf die Schultern der Werktätigen geladen werden.“

Labour scheut Unterhaus-Aussprache über Khama

London. Die Labour-Regierung erklärte nicht zuzulassen, daß der Fall des Bamangwato-Häuptlings Seretse Khama im Unterhaus zur Sprache kommt, da dieser möglicherweise zu einer Vertrauensabstimmung führen könne. In ihrem Weißbuch hatte die Labour-Regierung weiter den Standpunkt verfochten, den Stammeshäuptling für fünf Jahre nicht in seine Heimat zurückzulassen. Der fadenscheinige Grund war die Behauptung, daß Stammesunruhen wegen seiner weißen Frau ausbrechen würden. Seretse Khama ist inzwischen in einem Flugboot auf der Reise nach Afrika. Es ist damit zu rechnen, daß bei seiner Ankunft in Victoria die britische Regierung ihre Gewaltakte gegen den Stammeshäuptling fortsetzt.

Das Deutschlandtreffen wird das Treffen der gesamten deutschen Jugend sein! Auf nach Berlin!

Immer frecher wird die Remilitarisierung vorbereitet

Sie segelt unter der Flagge des Antibolschewismus, der nationaler Verrat an Deutschland ist

Als Hamburg noch das deutsche Tor zur Welt war, war es berühmt. Heute aber ist Hamburg auf dem Wege in aller Welt berüchtigt zu werden bei allen, die sich abwenden von den Kriegshetzern und für den Frieden einstehen. Es hat den Anschein, als ob die antidemokratische Verschwörung der westdeutschen Kriegshetzer in Hamburg einen besonderen Stützpunkt hat. Trotz seiner sozialdemokratischen Regierung und Bürgerschaftsmehrheit erfreuen sich alte Nazis und Kriegstreiber in Hamburg besonderer Förderung. Der Nazigauleiter Kaufmann wohnt in seinem ehemaligen „Jagdsitz“, den der Hamburger Staat aufgekauft hat. Draußen steht ein Polizeiposten, und wer Einlaß fand, sieht durch die Glasmauer der Diefenfenster auch im Jahre 1950 immer noch das Hakenkreuz im Geweih des Hubertushirns leuchten. Zu diesem Gut gehört auch noch ein Blockhaus, in dem Ernst Friedländer, der zweite Chefredakteur der reaktionären Wochenzeitschrift „Die Zeit“ wohnt.

Daß der ehemalige Gauleiter von Hamburg, Kaufmann, Mitglied des inneren Ringes der „Bruderschaft“ ist und daß Friedländer gemeinsam mit Richard Tügel in „Die Zeit“ übelste Antisowjethetze betreibt und daß alle gemeinsam die Remilitarisierung Westdeutschlands betreiben, wurde schon verschiedentlich von ihnen unter Beweis gestellt. Auch die „Hamburger Allgemeine Zeitung“, „für christliche und demokratische Erneuerung“ sieht ihre wichtigste Aufgabe darin, für den Militarismus und seine Träger in Westdeutschland Propaganda zu machen. General Lettow-Verbeck gab mit seinem 80. Geburtstag auch einen Anlaß hierzu. Er hat im ersten Weltkrieg als Kommandeur der Schutztruppe in Ostafrika die nötige Kampferfahrung gesammelt, um im Juni 1919 die revolutionären Arbeiter Hamburgs niederzuschlagen. Beim Kapp-Putsch 1920 kämpfte er mit sei-

nen Koalitionserfahrungen in Mecklenburg als Kapp-Rebell. Hamburg schulde ihm eigentlich einen Ehrensold, meint die „Hamburger Allgemeine“. Hat ihm nicht sogar Feldmarschall Smuts aus England Schinken geschickt? Und dank seiner guten Verbindungen auch zu anderen ausländischen Generälen, meint die „Hamburger Zeitung“ für „christliche Erneuerung“ tue er vielleicht mehr „für sein Volk“, als der flüchtige Besucher glaubt. Während man auf diese Weise versucht, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß sie Vertrauen haben könnte zu der deutschen Generalität, die zwei Weltkriege verloren hat und Deutschlands Unglück mitbegründete, machen andere die notwendige „Kleinarbeit“ zur Sicherung dessen, was die CDU des Herrn Adenauer unter „christlicher Erneuerung“ versteht. Ebenfalls aus Hamburg stammt ein Brief des Graf von Nostitz, der die Ueberschrift trägt „Gedanken zur Remilitarisierung“. Er meint, daß Europa „nach zwei mörderischen Bruderkriegen“ nun in der „dritten Phase der europäischen Revolution“ stehe und daß es nun darauf ankomme, daß wir

„Deutsche, mit Herz, Hirn und Hand uns einreihen in die Front gegen den Bolschewismus und zusammen mit den anderen Völkern... dieser zersetzenden Krankheit... offenen Kampf ansagen“. Nostitz machte dann seine Vorschläge. Man solle im nächsten Jahre verzichten auf die strategische und operative Führung, auf eine operative Luftwaffe und eine operative Kriegsmarine, sowie auf eigene Waffen- und Munitions- und Ausrüstungsherstellung und Ergänzung. Als unabänderliche Bedingungen aber fordert er als „Fachmann“ Aufstellung „rein deutscher Verbände bis zum Korpsverband unter deutscher Führung“, „eigene Panzer- und Panzergranatdivisionen“, „taktische Luftwaffenverbände“ und „Marineverbände zum unmittelbaren Schutz der Küste“. Die Empfänger dieser Briefe

sollen, wenn sie mit diesen Plänen einverstanden sind, sie auch anderen nahe bringen. Allerdings hält Nostitz es dann für erforderlich, „sie dem jeweiligen Kreis in ihrer Diktion (Ausdrucksweise) anzupassen“. Man sieht, mit welcher Frechheit und Skrupellosigkeit, aber auch mit welcher Aktivität die Remilitarisierung Westdeutschlands vorbereitet wird. Die Flagge, die man dabei hiebt, ist die des Antibolschewismus. Aber die Werktätigen in Deutschland werden sich erinnern: unter der Flagge des Antibolschewismus brachten die deutschen Konzernherren Junker und Generale Hitler zur Macht und Deutschland in die furchtbarste Katastrophe des Krieges. Unter der Flagge des Antibolschewismus will man heute die Schaffung einer einheitlichen deutschen demokratischen Republik verhindern, die kümmerlichen demokratischen Rechte der Werktätigen in Westdeutschland restlos beseitigen und ein neues Kriegsabenteuer beginnen. Die Flagge des Antibolschewismus soll davon ablenken, daß die anglo-amerikanischen und französischen Imperialisten Westdeutschland und Westberlin als Ausgangspunkt für ihren Krieg zur Eroberung der Weltherrschaft mißbrauchen wollen.

In dem Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands wird der Antibolschewismus mit vollem Recht als nationaler Verrat an Deutschland bezeichnet. Jeder Deutsche, der sich an dieser Hetze beteiligt, oder der ihr nicht scharfstens entgegentritt, schädigt bewußt oder unbewußt die nationalen Interessen Deutschlands und hilft Deutschland endgültig zu vernichten. Darum muß man in Westdeutschland noch entschledener und noch kraftvoller für den Frieden kämpfen. Verhindert die Remilitarisierung Westdeutschlands! Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen zu erkämpfen, ist der wichtigste Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa.

Marshallplan-Zuwendungen immer mehr gekürzt

Der Zwang auf die Satelliten zum eigenen Schaden, amerikanische Agrarprodukte zu kaufen, verstärkt sich

Das Blatt des britischen Finanzkapitals, der „Economist“, ist bitter enttäuscht darüber, daß die Fragen des Marshallplans, besonders was seine „internationalen Folgen“ betrifft, im amerikanischen Parlament auf einer „sehr engen Grundlage“ diskutiert werden. „Der größere Gesichtspunkt“, den Außenminister Acheson zum Ausdruck brachte, als er davon sprach, daß es darauf ankomme, den Kommunismus aufzuhalten, sei im Verlaufe der Diskussionen verblüht.“ Das Blatt klagt in seiner Ausgabe vom 18. 3. 1950 darüber, daß, statt die Fragen des gemeinsamen Kampfes gegen den Kommunismus in den Vordergrund zu stellen, „fast alle Fragen und Kontroversen einzig und allein auf die Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa konzentriert wurden.“

Tatsächlich fand die Aussprache über die Marshallplan-Zuwendungen in einer ganz nüchternen geschäftlichen Atmosphäre statt. Trotz Mr. Hoffmanns Beschwörungen, an den 2,95 Milliarden Dollars für das laufende Geschäftsjahr keine Abstriche mehr zu machen, da sonst der Kommunismus in Westeuropa eindringen könne, sprachen sich viele Abgeordnete für Kürzungen aus. Der demokratische Senator Maybank aus South Carolina sagte z. B., daß er der von ihm verlangten Kürzungen für Inlandsausgaben nur zustimmen könne, wenn die Ausgaben für Auslandszwecke mit diesen Schritten halten. Deshalb müßten sowohl die Gelder für den Marshallplan, als auch die für den Atlantikpakt gekürzt werden.

Schon heute steht fest, daß die Verwendung der Marshallplan-Gelder eine außerordentliche Einschränkung erfährt. Der außenpolitische Ausschuss des Repräsentantenhauses beschloß eine Kürzung von 1 Milliarde Dollar in bar und verfügte, daß dieser Betrag nur für den Ankauf von landwirtschaftlichen Produkten verwendet werden darf. Das bedeutet, daß die westeuropäischen Satellitenstaaten gezwungen werden, in noch größerem Maße als bisher, landwirtschaftliche Produkte aus den USA zu importieren, was natürlich ihre eigenen Bauern schwersten schädigt. Den amerikanischen Großfarmern wird es dadurch er-

möglicht, die Waren, die sie sonst nicht absetzen könnten, mit Hilfe von Staatskrediten aus den Taschen amerikanischer Steuerzahler loszuwerden.

Was ist nun nach dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen von der Marshallplan-„Hilfe“ für das laufende Jahr noch übrig geblieben? Die ursprüngliche Summe von 3,1 Milliarden wurde von Mr. Hoffmann schon vorsorglich auf 2,95 Milliarden herabgesetzt. Davon müssen nun für eine Milliarde zwangswise die amerikanischen Lebensmittel gekauft werden, die die amerikanischen Großfarmern anbieten, sodaß für andere Zwecke nur noch 1,95 Milliarden übrig bleiben. Wenn der gegenwärtige Vorschlag aufrechterhalten bleibt, sollen außerdem noch 600 Millionen Dollars der „Europäischen Zahlungsunion“ zur Verfügung gestellt werden, und es sollen nur diejenigen Länder davon etwas erhalten, die sich dem amerikanischen Druck auf „europäischen

Wirtschaftszusammenschluß“ beugen und damit das aufgeben, was bisher vom Schutz ihrer nationalen Wirtschaft noch übrig geblieben ist.

Der Betrag, der jetzt noch zur „freien Verwendung“ steht, ist sehr stark zusammengeschrumpft, und es ist nicht schwer zu verstehen, daß die Marshallplan-„Hilfe“ sehr teuer bezahlt werden muß. Die Länder, deren Regierungen sich dem Diktat der Wallstreet fügen, haben ihre nationale Souveränität verloren, müssen sich von Marshallplan-Agenten kontrollieren lassen, die darüber wachen, daß nur das produziert wird, was der amerikanischen Konkurrenz nicht schadet, und bekommen auf der anderen Seite nur noch ein paar Batzen zum Ankauf von Lebensmitteln, die sie entweder selbst produzieren oder ohne Gefährdung ihrer nationalen Wirtschaft und im Ausland, gegen Fertigwaren aus der Sowjetunion oder den Ländern der Volksdemokratien beziehen können. F. U.

Sie wählten, was sie wählten

„Die sowjetischen Wähler unterscheiden sich von allen Wählern der Welt vor allem dadurch, daß sie wissen, wofür sie wählen.“

Das britische Mitglied der Delegation des Weltfriedenskongresses Platts-Mills hat mit diesem Ausspruch die Ursache der aktiven, nahezu hundertprozentigen Beteiligung und der Einmütigkeit des sowjetischen Volkes bei den Wahlen zum Obersten Sowjet beleuchtet.

Kein Bankier, Fabrikherr oder Gutsbesitzer konnte den Sowjetbürger bei seiner Wahl beeinflussen, und deshalb war diese Wahl ausschließlich eine Angelegenheit seines Gewissens und Bewußtseins.

Die besten Söhne und Töchter des sowjetischen Volkes wurden in den obersten Sowjet gewählt. Neben sowjetischen Staatsmännern, wie Stalin, Molotow und Malenkow, wurden Arbeiter, Initiatoren neuer, sozialistischer Arbeitsweise, junge sowjetische Techniker und Konstrukteure und die besten Wissenschaftler und Kollektivbauern gewählt.

Die Wahlen waren eine Demonstration der wahren Demokratie, ein Meilenstein auf dem Wege des sowjetischen Volkes zum Kommunismus, ein Sieg des internationalen Friedenslagers.

Die Uebererfüllung der Planziffern, die dauernd steigende Kaufkraft, der aufblühende Wohlstand geben allen Werktätigen der Welt ein Musterbeispiel und beweisen, daß das Sowjetvolk auf dem richtigen Wege ist. Die Erfolge der sozialistischen Planwirtschaft sind mannigfaltig und stetig.

Indessen können die Statistiken der kapitalistischen Welt nicht verschweigen, daß das Realeinkommen der Arbeiter z. B. in Westdeutschland (nach gewerkschaftlichen Informationen) auf etwa 60 Prozent, verglichen mit dem Stand von 1936, gesunken ist, daß es heute 40 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter in den imperialistischen und den von ihnen abhängigen Ländern gibt, davon allein über 14 Millionen in den USA.

Demgegenüber sind in der Sowjetunion zum dritten Mal nach dem Kriege die Preise um 10 bis 30 Prozent gesenkt und der Reallohn wesentlich gesteigert worden. Allein im Jahre 1949 ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten der Volkswirtschaft in der Sowjetunion im Vergleich zu 1948 um 1,8 Millionen gestiegen, wodurch der Vorkriegsstand um 15 Prozent überschritten wurde. Die Imperialisten versuchen, die am 1. März 1950 erfolgte Umstellung des Rubel-Kurses auf Goldbasis zu bagatellisieren. Besonders die ungekrönten Herrscher der USA, die Finanzoligarchie, kann es nicht verschmerzen, daß der Dollar — die „Währung der Währungen“ — von der Sowjetunion auf die Goldwaage gelegt und zu leicht befunden worden ist. Das erste sozialistische Land der Welt gab damit allen Völkern

einen weiteren Beweis für die Ueberlegenheit der sozialistischen Wirtschaft über die kapitalistische.

Was aber bedeutet es für den Einzelnen, daß sich das Volkseigentum in der Sowjetunion um mehr als das Fünffache erhöhte? Allein im Jahre 1949 im Vergleich zu 1948 stieg es um 17 Prozent und überschritt damit den Vorkriegsstand von 1940 um 36 Prozent. Was bedeutet es, daß der Reallohn der Arbeiter und Angestellten von 1948 auf mehr als das Doppelte im Vergleich zu 1947 gestiegen ist, das Einkommen der Arbeiter und Angestellten von 1940 bis 1949 sich um 24 Prozent erhöhte und daß in den letzten drei Jahren 2 Milliarden Rubel an Arbeiter Ingenieure und Techniker allein des Kohlenbergbaus auf Grund ihres Dienstalters ausgezahlt wurden?

Lassen wir nur einen, den Arbeiter Saezew, vom Koks-Chemie-Werk in Kemerowo antworten:

„Seit 50 Jahren arbeite ich in der Hüttenindustrie. Die Sowjetmacht hat mir geholfen, ein hochqualifizierter Koksarbeiter zu werden. Auch vor der jetzt erfolgten Preissenkung brauchte meine Familie nichts zu entbehren. Der Betrieb hat mir ein Vier-Zimmer-Einfamilienhaus gebaut. Mein Monatsverdienst beträgt über 1700 Rubel. Außerdem erhalte ich jedes Jahr eine Dienstaltersprämie in Höhe von etwa 4000 Rubel. Das alles macht es uns möglich, gut zu essen, alles Erforderliche anzuschaffen und unsere kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen. Jetzt kann ich durch die neue Preissenkung etwa ein Viertel meiner Haushaltungskosten einsparen. Von solchen materiellen Verhältnissen können die Arbeiter der kapitalistischen Länder höchstens träumen.“

Für ihn, wie für alle Arbeiter und Angestellten gibt der Sowjetstaat jährlich gewaltige Summen für Sozialversicherungen, Sozialpensionen, für kostenlose ärztliche Betreuung, für Kuraufenthalte und ähnliche soziale Zwecke aus. Allein im Jahre 1949 betragen diese Ausgaben, 110 Milliarden Rubel, das ist dreimal soviel wie im letzten Vorkriegsjahr 1940.

Die sowjetischen Wähler wissen also, wofür sie ihren Stimmzettel abgeben. Es ist ihnen nicht in den Schoß gefallen. Sie konnten es kämpfend erringen, weil die große Kommunistische Partei der Sowjetunion ihnen zur Seite stand, sie führte, weil sie die Lehren Lenins und Stalins zur Richtschnur ihres Handelns machten.

Die Partei ist der politische Führer der Arbeiterklasse, sie ist der Kampfstab des Proletariats. Um zu führen, muß die Partei voraussehen. (Aus der Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD vom 23. bis 30. 12. 1949)

Die Frau im Sowjetstaat

Der Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin, brachte ein neues Buch von Hedda Zinner „Alltag eines nicht alltäglichen Lebens“ heraus, in dem Hedda Zinner, die lange Jahre in der Sowjetunion weilte, Szenen aus dem Alltag der sowjetischen Menschen schildert. Selbstverständlich sind die sowjetischen Frauen aus diesem Leben nicht wegzudenken und so ist es auch ganz selbstverständlich, daß Hedda Zinner diesen Frauen in ihrem Buche einen bleibenden Platz einräumte. Wir haben aus den Erzählungen für unsere Leserinnen einiges herausgegriffen, das zusammen mit den nebenstehenden Bildern zeigt, welche Fülle von Möglichkeiten die Frau in der Sowjetunion hat, um ihr Leben gestalten zu können. Hedda Zinner erzählt:

Anfisa Markowna ist ebenfalls einer der vielen „Dutzendmenschchen“. Sie war auch schon zu alt, als daß sie es noch zu etwas hätte bringen können. Sie ist eine „Babuschka“, ein Großmütterchen. So nennt man überall die alten Frauen, die Hausarbeiten verrichten, einkaufen, die Kinder warten. Aber Anfisa Markowna ist sogar eine richtige Großmutter, die bei ihren eigenen Kindern die Wirtschaft führt. Auch sie ist durch die Familie mit tausend Fäden an das neue Leben gebunden. Ich werde ihre Worte nicht so leicht vergessen, als sie mir in ihrer derben, herzlichen Art auf die Schulter schlug und ungefähr sagte:

„Wenn ich so nachdenke...“

„Siehst du, mein Täubchen“, begann sie, „wenn ich manchmal meine Töchter betrachte, dann könnte ich sie beneiden. Ach Gott, wenn ich zurückdenke, was hab' ich schon von meinem Leben gehabt? Jung war man und ganz stattlich, kannst es mir glauben, und hat zu Haus gesessen und zu Haus gegessen und hat nicht mehr zur Arbeit gehen können, weil die Kinderchen gekommen sind, eines nach dem andern, und dabei hat's nicht vorn und nicht hinten gelangt. Es waren keine Schuhe da für die Kleinen und keine Strümpfe, und man hat geflickt und gestopft und konnte die Löcher doch nicht alle zustopfen. Und der Mann ist dann nach Hause gekommen und hat getrunken. Ach, Töchterchen, die Kopeken, die man so bitter nötig gehabt hätte, waren zum Teufel! Eine Hölle war das und kein Leben, sag' ich dir!“

Und nun schau dir dagegen hier meine Marusja an. Sechszwanzig ist sie, und zwei Kinderchen hat sie. Schau sie dir nur an: sieht sie nicht wie ein Fräulein aus? Geht arbeiten und ist schon zweimal prämiert worden für gute Leistungen. Hat die Kinder im Kindergarten. Aber wenn du



Wera Papusch hat sich für die Landwirtschaft entschieden. Sie ist Melkerin auf einer Kollektivwirtschaft geworden. 10 Kühe und 11 Kälber hat sie dort zu versorgen.

Mutter und Kind genießen in der Sowjet-Union den Schutz der gesamter Gesellschaft.



Den ersten Schuljahren widmet der Sowjetstaat besondere Aufmerksamkeit. - Mara und Elga haben das Reifezeugnis erhalten. Jetzt haben sie das Recht, an jeder Universität zu studieren.

Valentina ist Aerztin. Als Hals-, Nasen- und Ohrenspezialistin arbeitet sie im Kirowskojer Krankenhaus.



Stadt in ein kleines Kaffeehaus gerettet hatten, erzählte Natascha mir in ihrer ruhigen Art von dem Weg, den sie Unterdeß zurückgelegt hatte. Abendschule. Technikum, Zeichnerin in einem Baubüro. Lernen, lernen und wieder lernen. Akademie und eine Reise ins Ausland. Sehen, sehen und abermals lernen, und jetzt Frau Architekt! Aufträge und Möglichkeiten. Aber bei allem und über allem immer das Lernen und Lernen, das niemals aufhören wird.

„Du hast deine Pläne also wahr gemacht, Natascha?“

„O ja.“

„Und ich habe es für unmöglich gehalten.“

„Es ist nichts unmöglich, wenn man will, wenn man wirklich will.“



das nur, weil alle Großmütter, stolz auf ihre Enkelchen sind, na ja! Wo war ich doch stehen geblieben? Ach so, ja, dann spielt sie noch mit den Kindern, oder sie liest ihnen etwas vor, bis sie gefüttert und zu Bett gebracht werden.

Ein Wiedersehen in der Straßenbahn

In einer anderen Erzählung schildert Hedda Zinner ein Wiedersehen mit einer jungen Bauarbeiterin, die sie neun Jahre lang nicht mehr gesehen hatte. Was war aus der jungen Arbeiterin inzwischen geworden?

„Eine interessante Frau“, dachte ich, „scheint viel Kraft in ihr zu stecken. Merkwürdig, warum kommt sie dir so bekannt

Frauen als Deputierte im Obersten Sowjet.

Jelena Sergejewna ist die Gattin des bekannten sowjetischen Bergarbeiter-Aktivist Boriskin.

Sowjetische Frauen leisten auch im Sport vorbildliches



Die Mütter waren noch Analphabeten und trugen den Schleier, die Töchter aber studieren Agrarwissenschaften. Die Sowjetunion kennt keine Nationalitätenfrage. - In den Höräulen sitzt die Usbekin neben der Ukrainerin und die Bjelorusin neben der Turkmenin.

„Der Frau stehen in der UdSSR an allen Gebieten des wirtschaftlichen, staatlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Lebens die gleichen Rechte wie dem Manne zu.“

Artikel 122 der Verfassung der UdSSR

glaubst, sie hat keine Zeit für die Kinderchen, sorgst nur für sich selber und läßt die Kinder verkommen — da irrst du dich, Töchterchen! Siehst du, ich war doch damals den ganzen Tag zu Hause, und da sollte man doch denken, ich hätte viel Zeit für die Kinder gehabt, aber, siehst du, das war gerade umgekehrt, ich war gewiß nicht schlecht, Töchterchen, aber der Kopf war voller Sorgen wie ein Wasserkrug, den man so voll gefüllt hat, daß man denkt: „Noch ein Tropfen, und er wird überlaufen!“ Und zu tun gab es vom frühen Morgen bis in die späte Nacht; manchmal konnte ich den Rücken nicht mehr gerade halten, so müde war ich; und, siehst du, Töchterchen, wenn dann die Kinder gekommen sind: „Mamotschka, was ist das? — Mamotschka, gib mir eine Kopeke! — Mamotschka, warum darfst du nebenan eine Waffel kaufen und ich nicht?“ — siehst du, da ist man dann ärgerlich geworden und hat sie angeschrien: „Schert euch auf die Straße, daß ich euch hier nicht mehr sehe!“

Aber bei meiner Marusja ist das alles ganz anders. Du solltest nur sehen, wie glücklich die Kinderchen sind, wenn sie sie vom Kindergarten abholt. Dann müssen



„Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Parteileitungen“

Von Fritz Sperling

Auf seiner 14. Tagung, die vom 28. bis zum 30. Dezember 1949 stattfand, beschloß der Parteivorstand die „Richtlinien zur Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Parteileitungen“. Es war kein Zufall, daß der Beschluß, die Neuwahl aller Parteileitungen durchzuführen, auf derselben Tagung des Parteivorstandes gefaßt wurde, die nach gründlicher Aussprache die Resolution zur ideologische-politische Festigung unserer Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus annahm.

Unsere Heimat ist von den imperialistischen Kolonialherren und ihren deutschen Handlangern gespalten. Die Rechte der Arbeiterklasse, der Werktätigen, unserer ganzen Nation werden im Westen Deutschlands mit Füßen getreten. Die Deutsche Demokratische Republik hält das Banner des Kampfes um nationale Einheit, um Frieden, um die Rechte der schaffenden Menschen hoch erhoben. Sie erwartet von allen Deutschen im Westen unserer Heimat, die sich unter

dem Tritt der kolonialen Sklavhalterstiefel immer mehr empören, daß sie sich gemeinsam mit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zur gewaltigen Nationalen Front zusammenschließen. Und die besten Söhne und Töchter unseres Volkes im Wesen unserer Heimat, die Kämpfer gegen das Doppeljoch kolonialer Ausbeutung, die Kämpfer gegen die Demontage, die Kämpfer für Frieden und nationale Einheit und Unabhängigkeit erwarten von unserer Partei, daß sie die Kämpfe der Arbeiter, der Werktätigen, aller wahren Patrioten vorbereitet, organisiert und führt! Das erwartet von uns die Sowjetunion, Führerin im Kampf um Frieden, nationale Einheit und Unabhängigkeit der Völker, das erwarten von uns die Kämpfer für den Frieden in aller Welt, das erwartet ihr aktivster Teil, die Arbeiter aller Länder. Sie nicht zu enttäuschen, ist unsere Pflicht! Unsere Pflicht zu erfüllen, heißt, unsere Reihen zu festigen, unsere Partei besser zu befähigen,

ihre Aufgabe zu lösen. Das geschieht durch die ideologisch-politische Festigung, das geschieht durch die im gleichen Prozeß durchzuführende organisatorische Festigung. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Leitungen in den Betriebsgruppen, in den Wohngebietsgruppen, in den Ortsgruppen und in den Stadtteilen. Das muß sich vollziehen auf der Grundlage der Diskussion aller Fragen, wie sie in der Resolution der 14. und in der Resolution der 15. Parteivorstandssitzung „Die Gewerkschaftsbewegung und die Kommunisten“ behandelt werden. Diese Diskussion ist nicht Selbstzweck. Die Resolutionen sind Anleitungen zum Handeln. Die Kampfaufgaben der Partei müssen im innigsten Zusammenhang mit den gestellten Problemen behandelt werden. Die Probe, ob alle Fragen klar sind, wird erst im Kampf bestanden! Und um den Kampf führen zu können, müssen wir die Leitungen unserer Partei erneuern, verstärken! Wir wollen erreichen, daß durch die demokratische Neuwahl der Leitungen Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Betrieben und eine größere Anzahl jüngerer Genossinnen und Genossen in die Leitungen gewählt werden, damit die engste Verbindungen aller Leitungen zu den Grundeinheiten endlich hergestellt wird.“

Und weiter heißt es in den Richtlinien zur Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Parteileitungen: „Es geht darum, eine Parteiorganisation zu schaffen, die den politischen Notwendigkeiten entspricht und sich immer von der Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus leiten läßt. Um das zu erreichen, müssen wir unablässig an der weiteren Festigung der bestehenden Grundeinheiten arbeiten, als auch unser ganzes Augenmerk auf den Auf- und Ausbau neuer Grundeinheiten richten. Im Vordergrund steht dabei die Festigung, der Auf- und Ausbau unserer Betriebsgruppen, ohne die Wohngebietsgruppen zu vernachlässigen. Das Fundament der Partei bilden die Betriebs- und Wohngebietsgruppen, durch die wir mit den Massen in den Betrieben und im Wohngebiet auf engste verbunden sein müssen und die ihren Kampf organisieren und leiten. Eine solche Festigung der Partei durch Umwandlung der Organisation herbeizuführen, muß jedem Kommunisten zur Ehre gereichen.“

März und der letzten Maiwoche finden in allen Betriebs-, Wohngebiets- und Ortsgruppen zwei außerordentliche Mitgliederversammlungen statt und daran anschließend in demselben Zeitraum, werden in allen Stadtteilorganisationen und Ortsgruppen Generalmitgliederversammlungen durchgeführt.

Es ist Aufgabe jedes Mitgliedes, jedes Funktionärs unserer Partei, darüber zu wachen, daß die Richtlinien über die Durchführung der Neuwahl der Leitungen genau eingehalten werden. Das können die Mitglieder und Funktionäre selbstverständlich nur dann, wenn sie die Richtlinien aufmerksam studiert haben. Mitglieder und Funktionäre, die noch nicht im Besitz der Richtlinien sind, sollen, mögen sich unverzüglich an ihre zuständige Leitung wenden und die Broschüre „Die ideologisch-politische Festigung unserer Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus“ und das „ABC der Kleinarbeit“ Nr. 4, das die Richtlinien enthält, anfordern. Unsere Mitglieder werden bei dieser großen innerparteilichen Kampagne darüber wachen, daß die in den Richtlinien festgelegten Rechte der Mitgliedschaft gewahrt werden. Darüber wachen, daß die Rechte der Mitgliedschaft gewahrt werden, bedeutet aber die gleichzeitige Verpflichtung, diese Rechte wahrzunehmen! Das heißt: Jedes Mitglied unserer Partei, die Mitglieder der Betriebsgruppen, der Wohngebietsgruppen fühlen sich verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die in den Richtlinien als Minimum festgelegten Generalmitgliederversammlungen zustande kommen: Säumige Mitglieder müssen persönlich aufgesucht, bearbeitet und eingeladen werden! Säumige Leitungen müssen durch die Leitungen gemahnt werden, die Versammlungen einzubereufen. Jedes Mitglied, ob jung oder alt, muß wissen, daß die Partei nur dann vorwärts kommt, wenn es selbst seine Rechte und Pflichten ausübt. Jedes Mitglied unserer Partei muß helfen, die Besten unter uns zu finden, die würdig sind, Mitglied einer Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands zu sein; und würdig sind diejenigen, die kühn und entschlossen die Linie der Partei durchsetzen, die kämpfen, die aktiv sind.

Bei der Durchführung aller Arbeiten, die im Zusammenhang mit der Neuwahl der Leitungen stehen, dürfen wir nicht fürchten, daß andere wichtige Aufgaben dadurch vernachlässigt werden könnten. Die Erfassung jedes einzelnen Mitgliedes in der Kampagne zur Neuwahl der Leitungen wird uns die best-

mögliche Mobilisierung der Basis der Partei, der Betriebs- und Wohngebietsgruppen ermöglichen! Erst durch diese Mobilisierung werden wir beispielsweise den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen richtig vorbereiten können, indem jedes Mitglied seine Aufgabe kennenlernt und sie durchführt!

Nach den Richtlinien für die Vorbereitung und Durchführung der Neuwahlen sind die Landesvorstände und die Kreisleitungen für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen verantwortlich. In jedem Falle muß also ein genauer Plan über die Durchführung der Wahlen in den Grundeinheiten, den Ortsgruppen und Stadtteilen vorliegen. In diesem Plan müssen die wichtigsten Betriebsgruppen, die wichtigsten Organisationseinheiten der Partei im betreffenden Bereich der Leitung, besondere Berücksichtigung finden. An solchen Schwerpunkten sollen Beispiele entwickelt werden, über die auch ausführlich in der Presse zu berichten ist. Dabei muß man besonders zeigen, wie man es gemacht hat, in dem betreffenden Betrieb zur Schaffung einer arbeitsfähigen Leitung zu kommen. Durch das praktische Beispiel hilft man der Organisation am besten.

Kommunisten, seid Euch Eurer Verantwortung bewußt! Stärkt die Partei durch die Schaffung, durch die Wahl arbeitsfähiger Leitungen!

Gegen die koloniale Unterdrückungs- und Entrechtungs politik der ausländischen und deutschen imperialistischen Kriegstreiber kämpft die KPD in Westdeutschland für die Errichtung einer wirklich demokratischen, friedlichen Ordnung. In der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands mobilisiert sie die Millionenmassen des deutschen Volkes: für den Abschluß eines Friedensvertrages, den Abzug aller Besatzungstruppen, die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands, mit dem Ziele der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

(Aus der Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD vom 28. bis 30. 12. 1949)

Die Partei baut sich ihr Haus!

Die Kriegstreiber kennen die Bedeutung des Industriegebietes an Rhein und Ruhr; durch das Ruhrstatut wollen sie es in ihre Kriegsvorbereitungen einbeziehen.

Diese Pläne müssen durchkreuzt werden, wenn der Friede gesichert sein soll. Deshalb muß unsere Partei, deren Schlagkraft den Ausgang des Kampfes um den Frieden bestimmt, ihre Stellung an Rhein und Ruhr besonders verstärken.

Dazu gehört auch, daß an dem entscheidenden



Die Steine rollen an...

Platz der Auseinandersetzung unser Parteihaus steht. Und es kommt darauf an, daß es schnell dort steht.

Die Ausschachtungsarbeiten sind beendet. Jetzt werden die ersten Steine zum Bau des Parteihauses herangebracht.

Sollen die Arbeiten eine Verzögerung erleiden, weil Du Deinen Baustein nicht bringst, Deine Sondermarke nicht klebst?

Handle entsprechend Deiner Verantwortung im Kampf um den Frieden!

Deine Sondermarke ist Dein Baustein!

Parteiivorstand

Im Beschluß über die Durchführung der Neuwahl der Leitungen sind genaue Termine festgelegt: In der Zeit zwischen der letzten

Der Tor

Ausländer, denen das neueste Heftchen des Städtischen Verkehrsamtes der „Schwarzwalddauptstadt Freiburg im Breisgau“ in die Hände bekommen, mögen in die Versuchung kommen, nicht in ihr Wörterbuch zu schauen, wenn sie flüchtig das Heftchen überfliegen und gleich auf dem Titelblatt lesen: „Freiburg, das Tor zum Hochschwarzwald.“ So können sie allzu leicht geneigt sein, den einen „Tor“ zu nennen, der ihnen solch ein wirklichkeitsfremdes Broschürchen in die Hände legt.

Da erhebt sich in seiner stolzen Pracht das Freiburger Münster, als seien Jahrhunderte spurlos an seiner Schönheit vorbeigegangen, als sei rings um den Dom kein Haus zerstört, kein Fenster gesprungen, als hätte keine Bombe die Romantik einer versunkenen Welt mit donnerndem Krach vertrieben. Da blickt uns im Heft die Freiburger Universität entgegen, wie sie unsere Väter kannten, nicht aber so, wie sie Studenten kennen lernen, die Tag für Tag an ihrem Wiederaufbau schufteten und in regennassen Kollegsälen ihren Lehrern zuhören mußten. Da blicken wir vom Schwabentor auf die Innenstadt, die keine Spuren des November-Angriffes 1944 zeigt, von keinem Grauen kündete die Furcht zusammengepefelter Menschen, die in Kellern auf das Heulen der Bomben warteten, draußen die Mauern ihrer Wohnstätten zusammenkrachen hörten und ans Tageslicht gekommen, ihre Stadt in Flammen sahen. Nichts von allem in dieser dreisprachigen Broschüre, die den Fremden als Führer durch das Tor des Hochschwarzwalds dienen soll.

Bilder einer versunkenen Vergangenheit, die uns und dem fremden Besucher nur eines beweisen können, daß die augenblicklichen „Väter“ der Stadt nichts aus dieser Vergangenheit gelernt haben und wohl auch nichts lernen wollen. Die uns darüber hinaus beweisen, wie wenig sie die Wirklichkeit kennen, oder kennen wollen, die tausende Freiburger täglich in ihrer ganzen Not am eigenen Leibe spüren. Die uns wiederum beweisen, daß die Politik dieser „Stadtväter“ hochstapelt, wo es nur opportunistisch erscheint. Daß nicht nur die Freiburger, sondern auch jeder Fremde mit einer lächelnden Träne ob soviel dreisprachigem Traumwerk den Tor des Hochschwarzwalds versucht mit eigenen Augen zu betrachten und sich das wirklich Wissenswerte selbst erfragt. Die ausgebombten Freiburger werden auch dem Fremden jede notwendige Auskunft geben.

Nicht Kirchturmspolitik sondern nationaler Kampf

Zur Gründung der Freien Bürgervereinigung Gaggenau

Gaggenau. (Volkskorrespondent) Immer mehr kommt auch der Mittelstand zu der Erkenntnis und spürt an eigenen Leibe, daß die katastrophalen Folgen der westdeutschen Kolonialpolitik sich nicht nur auf die Arbeiter und Bauern, sondern sich auch auf den Mittelstand immer verheerender auswirken.

In Gaggenau hätten sich nun in der vergangenen Woche Geschäftsleute, Gewerbetreibende und Angestellte eingefunden, um eine sogenannte „Freie Bürgervereinigung Gaggenau“ zu gründen.

Daß die Einberufenden noch nicht erkannt haben, wo die Ursache der derzeitigen westdeutschen Wirtschaftskrise zu suchen ist, geht allein schon aus der dürftigen Satzung hervor.

Im § 1 dieser Satzung heißt es: „Zweck der Vereinigung ist die Erfassung der bürgerlich gesinnten Einwohner von Gaggenau zur Förderung der gemeindlichen Belange und Wahrung der bürgerlichen Interessen, unter Ausschaltung jeglicher parteipolitischen und konfessionellen Bindung.“

Dieser Satzungspunkt sagt also, daß die bürgerlichen Belange gewahrt werden sol-

len. Wie dies erreicht werden kann, ging in keiner Weise weder aus der Satzung noch aus den Worten des Versammlungsleiters hervor. Dafür mußten die anwesenden Zuhörer im Laufe der Versammlung in den Diskussionsbeiträgen einzelner Mitglieder merkwürdige Klänge vernehmen. Wenn z. B. Herr Ingenieur Bokemüller erklärte, daß die Kreise, die durch die Darlehen für Stellungen zu Wohnungen kämen, nicht zu den Steuerzahlern gehörten, so zeigt das die Gefahr auf, welche dergleichen Vereinigungen, wenn sie die Ursachen des Elends in Westdeutschland nicht erkannt oder nicht erkennen wollen, für die sozial noch schlecht gestellten Werktätigen bilden können.

Der Mittelstand ist genau wie die Arbeiter und Bauern durch die koloniale Verklammerung Westdeutschlands, durch die Zerreißen Deutschlands, durch das Ruhr- und Besatzungsstatut und die Einschränkungen denen der westdeutsche Außenhandel unterworfen ist, in seiner Existenz bedroht. Es liegt also im ureigensten Interesse des Mittelstandes diesen Kampf um bessere Le-

bensbedingungen mit den wirtschaftlich noch schwächeren zusammen zu führen. Wenn sich der Mittelstand zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Belange zusammenschließt, dann kann ein Erfolg für ihn nur erreicht werden, wenn er keine Kirchturmspolitik betreibt. Jegliche Ablehnung parteipolitischer Bindungen bedeutet hier sich einer eigenen Stellungnahme zu enthalten, bedeutet die brennenden Probleme unserer Zeit nicht erkannt zu haben, und ist im Grunde genommen weiter nichts als daß sie der politischen Verantwortung ledig sein möchten, weil sie erkannt haben, daß die bürgerlichen politischen Parteien, denen sie angehören oder noch angehören, versagt haben.

Nur im gemeinsamen Zusammenschluß aller werktätigen Deutschen in einer gemeinsamen nationalen Front gegen die Bonner Kolonialregierung, für die Einheit Deutschlands und den Abzug der Besatzung, liegt die große Chance, die Arbeitern, Bauern und dem Mittelstand eine friedliche gesicherte Zukunft bieten kann.

Arbeitslose und Erwerbslose Seite an Seite

Einen weiteren Punkt nahm die Frage der Erwerbslosen ein. Ein Vertreter des Erwerbslosenausschusses nahm ausführlich zu der Lage der Erwerbslosen Stellung. Er bewies an Hand von Tatsachen, daß trotz aller Versprechungen die Zahl der Erwerbslosen ständig steigt und daß selbst der vorgesehene Bauplan nicht die Masse der Erwerbslosen in Arbeit setzen wird. Die Unterstützungssätze seien nicht zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten ausreichend. Viele Erwerbslose seien mit Mieten und den von der Stadt erhobenen Gebühren im Rückstand oder haben auf Grund der gemachten Versprechungen und der Hoffnung auf baldige Arbeit Schulden aufgenommen. Bei Aussteuerung seien die Arbeitslosenfür-

sorge sätze so gering, daß kein Mensch davon leben könne. Dies führe zu Schwarzarbeit und biete den Unternehmern Gelegenheit billige Arbeitskräfte zu benutzen, die sie nicht einmal zu versichern brauchen. Hier sei es darum klar erkennbar, daß die Forderungen der Erwerbslosen auf vollzeitliche Beschäftigung und Erhöhung der Unterstützungssätze Forderungen der arbeitenden Kollegen sein müssen, welche diese noch stärker unterstützen müssen. Andernfalls werde der Zeitpunkt kommen, wo die Erwerbslosen dazu ausgenutzt werden, die berechtigten Lohnforderungen der Gewerkschaften zu brechen. Dies kann aber nur dann verhindert werden, wenn die arbeitenden Kollegen Seite an Seite mit den Erwerbslosen stehen. Um dies zu erreichen und die Kampfkraft auf beiden Seiten zu stärken, wurde beschlossen, daß in jeder Gewerkschaft ein erwerbsloser Kollege in den Vorstand miteinbezogen werde und der Erwerbslosenausschuß mit zwei Kollegen im Kreisauausschuß vertreten ist.

Vorbereitungen zum 1. Mai

Es sei darum auch notwendig, daß gerade der kommende 1. Mai unter den Forderungen der Erwerbslosen und der Sicherung des Arbeitsplatzes stehe und dies bereits

bei den Vorbereitungen in Betracht gezogen werden solle. Ein 1. Mai wie im vergangenen Jahr sei darum nach seiner Auffassung untragbar und gegenüber den Erwerbslosen verantwortungslos. Er schlage daher vor, bereits heute aus diesem Kreis ein Malikomitee zu wählen.

Die Ausführungen wurden in der darauffolgenden Diskussion weitgehend unterstützt und unterstrichen. Einige Kollegen protestierten energig dagegen, daß man dieses Jahr erneut wieder, und diesmal auf Anweisung des DGB, eine Maifeier wie im vergangenen Jahr durchführen wolle, die einer DAF-Feier nicht viel Abbruch tut. Es seien Gründe genug vorhanden, gerade am 1. Mai den Kampf der Arbeiter zu einer kraftvollen Demonstration zu gestalten. Zum Schluß erklärte ein Diskussionsredner, daß letzten Endes die Erwerbslosigkeit mit ihren Ursprung finde in den Demontagen und er fordere, daß die heutige Versammlung ihre Solidarität mit den in Salzgitter kämpfenden Kollegen erkläre, die heute im harten Kampf um die Verteidigung ihres Arbeitsplatzes und um die Erhaltung deutscher Produktionsstätten stehen. Die Forderungen der Erwerbslosen wurden anerkannt und wurden den einzelnen Gewerkschaften zur sofortigen Aufgabenstellung weitergeleitet.

Generalversammlung der IG Druck und Papier

Offenburg. Die Industrie-Gewerkschaft Druck und Papier hält am Sonntag, dem 26. März, um 9 Uhr in der Brauerei Mündlinger, Gerberstraße, ihre Bezirks-Generalversammlung ab. Tagesordnung: Jahresberichte und Neuwahl des Vorstandes.

Sportplatz und Verkauf der Handelsschule

Die KPD und SPD forderten im weiteren Verlauf der Stadtratssitzung, daß über den Verkauf der Handelsschule an den Kreis, beziehungsweise über die Vermietung öffentlich verhandelt werde. Die Kreisversammlung Rastatt hatte festgestellt, daß das Gebäude für 650 000 bis 700 000 DM angeboten sei. Demgegenüber behauptet der Rastatter Oberbürgermeister Jäger, diese Summe sei falsch und jonglierte mit 1 bis 1,5 Mill. DM. Die Öffentlichkeit ist in diesem Unklaren über die ganze Angelegenheit und verlangt Aufklärung über die Fragen: Wird die Schule verkauft und zu welchem Preis?

Die Frage der Rastatter Bevölkerung, vor allem die Sportfreunde sehr interessierende Sportplatzanlage am Schwalbenrain wurde dahingehend entschieden, daß der OB beauftragt wurde, sich mit dem Kreisdelegierten der Militärregierung in Verbindung zu setzen, und über die Freigabe des alten Gebäudes zwischen Bahnkörper und Gewerkschaft zu verhandeln. Der Stadtrat war der Ansicht, daß man den Kleingärtnern ihre mit viel Mühe angelegten Gartenanlagen hinter dem Sportplatz nicht wegnehmen könne.

Generalversammlung der IG Druck und Papier

Offenburg. Die Industrie-Gewerkschaft Druck und Papier hält am Sonntag, dem 26. März, um 9 Uhr in der Brauerei Mündlinger, Gerberstraße, ihre Bezirks-Generalversammlung ab. Tagesordnung: Jahresberichte und Neuwahl des Vorstandes.

Sportplatz und Verkauf der Handelsschule

Die KPD und SPD forderten im weiteren Verlauf der Stadtratssitzung, daß über den Verkauf der Handelsschule an den Kreis, beziehungsweise über die Vermietung öffentlich verhandelt werde. Die Kreisversammlung Rastatt hatte festgestellt, daß das Gebäude für 650 000 bis 700 000 DM angeboten sei. Demgegenüber behauptet der Rastatter Oberbürgermeister Jäger, diese Summe sei falsch und jonglierte mit 1 bis 1,5 Mill. DM. Die Öffentlichkeit ist in diesem Unklaren über die ganze Angelegenheit und verlangt Aufklärung über die Fragen: Wird die Schule verkauft und zu welchem Preis?

Die Frage der Rastatter Bevölkerung, vor allem die Sportfreunde sehr interessierende Sportplatzanlage am Schwalbenrain wurde dahingehend entschieden, daß der OB beauftragt wurde, sich mit dem Kreisdelegierten der Militärregierung in Verbindung zu setzen, und über die Freigabe des alten Gebäudes zwischen Bahnkörper und Gewerkschaft zu verhandeln. Der Stadtrat war der Ansicht, daß man den Kleingärtnern ihre mit viel Mühe angelegten Gartenanlagen hinter dem Sportplatz nicht wegnehmen könne.

Generalversammlung der IG Druck und Papier

Offenburg. Die Industrie-Gewerkschaft Druck und Papier hält am Sonntag, dem 26. März, um 9 Uhr in der Brauerei Mündlinger, Gerberstraße, ihre Bezirks-Generalversammlung ab. Tagesordnung: Jahresberichte und Neuwahl des Vorstandes.

Sportplatz und Verkauf der Handelsschule

Die KPD und SPD forderten im weiteren Verlauf der Stadtratssitzung, daß über den Verkauf der Handelsschule an den Kreis, beziehungsweise über die Vermietung öffentlich verhandelt werde. Die Kreisversammlung Rastatt hatte festgestellt, daß das Gebäude für 650 000 bis 700 000 DM angeboten sei. Demgegenüber behauptet der Rastatter Oberbürgermeister Jäger, diese Summe sei falsch und jonglierte mit 1 bis 1,5 Mill. DM. Die Öffentlichkeit ist in diesem Unklaren über die ganze Angelegenheit und verlangt Aufklärung über die Fragen: Wird die Schule verkauft und zu welchem Preis?

Die Frage der Rastatter Bevölkerung, vor allem die Sportfreunde sehr interessierende Sportplatzanlage am Schwalbenrain wurde dahingehend entschieden, daß der OB beauftragt wurde, sich mit dem Kreisdelegierten der Militärregierung in Verbindung zu setzen, und über die Freigabe des alten Gebäudes zwischen Bahnkörper und Gewerkschaft zu verhandeln. Der Stadtrat war der Ansicht, daß man den Kleingärtnern ihre mit viel Mühe angelegten Gartenanlagen hinter dem Sportplatz nicht wegnehmen könne.

Generalversammlung der IG Druck und Papier

Offenburg. Die Industrie-Gewerkschaft Druck und Papier hält am Sonntag, dem 26. März, um 9 Uhr in der Brauerei Mündlinger, Gerberstraße, ihre Bezirks-Generalversammlung ab. Tagesordnung: Jahresberichte und Neuwahl des Vorstandes.

Sportplatz und Verkauf der Handelsschule

Die KPD und SPD forderten im weiteren Verlauf der Stadtratssitzung, daß über den Verkauf der Handelsschule an den Kreis, beziehungsweise über die Vermietung öffentlich verhandelt werde. Die Kreisversammlung Rastatt hatte festgestellt, daß das Gebäude für 650 000 bis 700 000 DM angeboten sei. Demgegenüber behauptet der Rastatter Oberbürgermeister Jäger, diese Summe sei falsch und jonglierte mit 1 bis 1,5 Mill. DM. Die Öffentlichkeit ist in diesem Unklaren über die ganze Angelegenheit und verlangt Aufklärung über die Fragen: Wird die Schule verkauft und zu welchem Preis?

Die Frage der Rastatter Bevölkerung, vor allem die Sportfreunde sehr interessierende Sportplatzanlage am Schwalbenrain wurde dahingehend entschieden, daß der OB beauftragt wurde, sich mit dem Kreisdelegierten der Militärregierung in Verbindung zu setzen, und über die Freigabe des alten Gebäudes zwischen Bahnkörper und Gewerkschaft zu verhandeln. Der Stadtrat war der Ansicht, daß man den Kleingärtnern ihre mit viel Mühe angelegten Gartenanlagen hinter dem Sportplatz nicht wegnehmen könne.

Die Forderungen der Erwerbslosen vor dem Freiburger Gewerkschaftsausschuß

Letzte Generalversammlung des Ortsausschusses Freiburg

Freiburg. Am Mittwoch, 23. März, fand im Gewerkschaftshaus die letzte Sitzung des alten Freiburger Ortsausschusses statt, welcher nach den Münchener Beschlüssen nunmehr in einen Kreisauausschuß umgebildet wird und seine Tätigkeit voraussichtlich ab 1. April antreten wird. Nach einem kurzen Bericht des 1. Vorsitzenden und des Jugendleiters erfolgte eine kurze Diskussion über die wichtige Arbeit des Ortsausschusses. Hierbei erwähnte ein Diskussionsredner, daß dem Kreisauausschuß empfohlen werden soll, daß Gewerkschaftsfunktionäre, die Mitglieder eines Gemeinde- oder Länder-Parlamentes sind, über wichtige Entscheidungen in den jeweiligen Gremien die Meinung des Kreisauausschusses anhören und die dortigen Beschlüsse vor alle Fraktionsbeschlüsse zu stellen haben, da sie in erster Linie die Gesamtinteressen der Werktätigen zu vertreten haben.

In der weiteren Diskussion wurde gegen die hohen Preise in der Gewerkschaftshaus-Gaststätte protestiert, welche dazu führten, daß die wenigsten Kollegen von dem schönen Restaurant Gebrauch machen, sondern verständlicherweise dort hingehen, wo ihnen billigere und gute Ware geboten wird.

Der Rumpfvorstand, ein Großteil der im vergangenen Jahr gewählten Vorstandsmitglieder war durch die Spaltung der Gewerkschaften (DAG) ausgeschieden, wurde unter Vorbehalt der Revisionsprüfung der Kasse entlastet.

Arbeitende Kollegen und Erwerbslose Seite an Seite

Einen weiteren Punkt nahm die Frage der Erwerbslosen ein. Ein Vertreter des Erwerbslosenausschusses nahm ausführlich zu der Lage der Erwerbslosen Stellung. Er bewies an Hand von Tatsachen, daß trotz aller Versprechungen die Zahl der Erwerbslosen ständig steigt und daß selbst der vorgesehene Bauplan nicht die Masse der Erwerbslosen in Arbeit setzen wird. Die Unterstützungssätze seien nicht zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten ausreichend. Viele Erwerbslose seien mit Mieten und den von der Stadt erhobenen Gebühren im Rückstand oder haben auf Grund der gemachten Versprechungen und der Hoffnung auf baldige Arbeit Schulden aufgenommen. Bei Aussteuerung seien die Arbeitslosenfür-

sorge sätze so gering, daß kein Mensch davon leben könne. Dies führe zu Schwarzarbeit und biete den Unternehmern Gelegenheit billige Arbeitskräfte zu benutzen, die sie nicht einmal zu versichern brauchen. Hier sei es darum klar erkennbar, daß die Forderungen der Erwerbslosen auf vollzeitliche Beschäftigung und Erhöhung der Unterstützungssätze Forderungen der arbeitenden Kollegen sein müssen, welche diese noch stärker unterstützen müssen. Andernfalls werde der Zeitpunkt kommen, wo die Erwerbslosen dazu ausgenutzt werden, die berechtigten Lohnforderungen der Gewerkschaften zu brechen. Dies kann aber nur dann verhindert werden, wenn die arbeitenden Kollegen Seite an Seite mit den Erwerbslosen stehen. Um dies zu erreichen und die Kampfkraft auf beiden Seiten zu stärken, wurde beschlossen, daß in jeder Gewerkschaft ein erwerbsloser Kollege in den Vorstand miteinbezogen werde und der Erwerbslosenausschuß mit zwei Kollegen im Kreisauausschuß vertreten ist.

Vorbereitungen zum 1. Mai

Es sei darum auch notwendig, daß gerade der kommende 1. Mai unter den Forderungen der Erwerbslosen und der Sicherung des Arbeitsplatzes stehe und dies bereits

bei den Vorbereitungen in Betracht gezogen werden solle. Ein 1. Mai wie im vergangenen Jahr sei darum nach seiner Auffassung untragbar und gegenüber den Erwerbslosen verantwortungslos. Er schlage daher vor, bereits heute aus diesem Kreis ein Malikomitee zu wählen.

Die Ausführungen wurden in der darauffolgenden Diskussion weitgehend unterstützt und unterstrichen. Einige Kollegen protestierten energig dagegen, daß man dieses Jahr erneut wieder, und diesmal auf Anweisung des DGB, eine Maifeier wie im vergangenen Jahr durchführen wolle, die einer DAF-Feier nicht viel Abbruch tut. Es seien Gründe genug vorhanden, gerade am 1. Mai den Kampf der Arbeiter zu einer kraftvollen Demonstration zu gestalten. Zum Schluß erklärte ein Diskussionsredner, daß letzten Endes die Erwerbslosigkeit mit ihren Ursprung finde in den Demontagen und er fordere, daß die heutige Versammlung ihre Solidarität mit den in Salzgitter kämpfenden Kollegen erkläre, die heute im harten Kampf um die Verteidigung ihres Arbeitsplatzes und um die Erhaltung deutscher Produktionsstätten stehen. Die Forderungen der Erwerbslosen wurden anerkannt und wurden den einzelnen Gewerkschaften zur sofortigen Aufgabenstellung weitergeleitet.

Generalversammlung der IG Druck und Papier

Offenburg. Die Industrie-Gewerkschaft Druck und Papier hält am Sonntag, dem 26. März, um 9 Uhr in der Brauerei Mündlinger, Gerberstraße, ihre Bezirks-Generalversammlung ab. Tagesordnung: Jahresberichte und Neuwahl des Vorstandes.

Sportplatz und Verkauf der Handelsschule

Die KPD und SPD forderten im weiteren Verlauf der Stadtratssitzung, daß über den Verkauf der Handelsschule an den Kreis, beziehungsweise über die Vermietung öffentlich verhandelt werde. Die Kreisversammlung Rastatt hatte festgestellt, daß das Gebäude für 650 000 bis 700 000 DM angeboten sei. Demgegenüber behauptet der Rastatter Oberbürgermeister Jäger, diese Summe sei falsch und jonglierte mit 1 bis 1,5 Mill. DM. Die Öffentlichkeit ist in diesem Unklaren über die ganze Angelegenheit und verlangt Aufklärung über die Fragen: Wird die Schule verkauft und zu welchem Preis?

Die Frage der Rastatter Bevölkerung, vor allem die Sportfreunde sehr interessierende Sportplatzanlage am Schwalbenrain wurde dahingehend entschieden, daß der OB beauftragt wurde, sich mit dem Kreisdelegierten der Militärregierung in Verbindung zu setzen, und über die Freigabe des alten Gebäudes zwischen Bahnkörper und Gewerkschaft zu verhandeln. Der Stadtrat war der Ansicht, daß man den Kleingärtnern ihre mit viel Mühe angelegten Gartenanlagen hinter dem Sportplatz nicht wegnehmen könne.

Generalversammlung der IG Druck und Papier

Offenburg. Die Industrie-Gewerkschaft Druck und Papier hält am Sonntag, dem 26. März, um 9 Uhr in der Brauerei Mündlinger, Gerberstraße, ihre Bezirks-Generalversammlung ab. Tagesordnung: Jahresberichte und Neuwahl des Vorstandes.

Sportplatz und Verkauf der Handelsschule

Die KPD und SPD forderten im weiteren Verlauf der Stadtratssitzung, daß über den Verkauf der Handelsschule an den Kreis, beziehungsweise über die Vermietung öffentlich verhandelt werde. Die Kreisversammlung Rastatt hatte festgestellt, daß das Gebäude für 650 000 bis 700 000 DM angeboten sei. Demgegenüber behauptet der Rastatter Oberbürgermeister Jäger, diese Summe sei falsch und jonglierte mit 1 bis 1,5 Mill. DM. Die Öffentlichkeit ist in diesem Unklaren über die ganze Angelegenheit und verlangt Aufklärung über die Fragen: Wird die Schule verkauft und zu welchem Preis?

Die Frage der Rastatter Bevölkerung, vor allem die Sportfreunde sehr interessierende Sportplatzanlage am Schwalbenrain wurde dahingehend entschieden, daß der OB beauftragt wurde, sich mit dem Kreisdelegierten der Militärregierung in Verbindung zu setzen, und über die Freigabe des alten Gebäudes zwischen Bahnkörper und Gewerkschaft zu verhandeln. Der Stadtrat war der Ansicht, daß man den Kleingärtnern ihre mit viel Mühe angelegten Gartenanlagen hinter dem Sportplatz nicht wegnehmen könne.

Generalversammlung der IG Druck und Papier

Offenburg. Die Industrie-Gewerkschaft Druck und Papier hält am Sonntag, dem 26. März, um 9 Uhr in der Brauerei Mündlinger, Gerberstraße, ihre Bezirks-Generalversammlung ab. Tagesordnung: Jahresberichte und Neuwahl des Vorstandes.

Sportplatz und Verkauf der Handelsschule

Die KPD und SPD forderten im weiteren Verlauf der Stadtratssitzung, daß über den Verkauf der Handelsschule an den Kreis, beziehungsweise über die Vermietung öffentlich verhandelt werde. Die Kreisversammlung Rastatt hatte festgestellt, daß das Gebäude für 650 000 bis 700 000 DM angeboten sei. Demgegenüber behauptet der Rastatter Oberbürgermeister Jäger, diese Summe sei falsch und jonglierte mit 1 bis 1,5 Mill. DM. Die Öffentlichkeit ist in diesem Unklaren über die ganze Angelegenheit und verlangt Aufklärung über die Fragen: Wird die Schule verkauft und zu welchem Preis?

Die Frage der Rastatter Bevölkerung, vor allem die Sportfreunde sehr interessierende Sportplatzanlage am Schwalbenrain wurde dahingehend entschieden, daß der OB beauftragt wurde, sich mit dem Kreisdelegierten der Militärregierung in Verbindung zu setzen, und über die Freigabe des alten Gebäudes zwischen Bahnkörper und Gewerkschaft zu verhandeln. Der Stadtrat war der Ansicht, daß man den Kleingärtnern ihre mit viel Mühe angelegten Gartenanlagen hinter dem Sportplatz nicht wegnehmen könne.

Generalversammlung der IG Druck und Papier

Offenburg. Die Industrie-Gewerkschaft Druck und Papier hält am Sonntag, dem 26. März, um 9 Uhr in der Brauerei Mündlinger, Gerberstraße, ihre Bezirks-Generalversammlung ab. Tagesordnung: Jahresberichte und Neuwahl des Vorstandes.

Sportplatz und Verkauf der Handelsschule

Die KPD und SPD forderten im weiteren Verlauf der Stadtratssitzung, daß über den Verkauf der Handelsschule an den Kreis, beziehungsweise über die Vermietung öffentlich verhandelt werde. Die Kreisversammlung Rastatt hatte festgestellt, daß das Gebäude für 650 000 bis 700 000 DM angeboten sei. Demgegenüber behauptet der Rastatter Oberbürgermeister Jäger, diese Summe sei falsch und jonglierte mit 1 bis 1,5 Mill. DM. Die Öffentlichkeit ist in diesem Unklaren über die ganze Angelegenheit und verlangt Aufklärung über die Fragen: Wird die Schule verkauft und zu welchem Preis?

Die Frage der Rastatter Bevölkerung, vor allem die Sportfreunde sehr interessierende Sportplatzanlage am Schwalbenrain wurde dahingehend entschieden, daß der OB beauftragt wurde, sich mit dem Kreisdelegierten der Militärregierung in Verbindung zu setzen, und über die Freigabe des alten Gebäudes zwischen Bahnkörper und Gewerkschaft zu verhandeln. Der Stadtrat war der Ansicht, daß man den Kleingärtnern ihre mit viel Mühe angelegten Gartenanlagen hinter dem Sportplatz nicht wegnehmen könne.

Generalversammlung der IG Druck und Papier

Offenburg. Die Industrie-Gewerkschaft Druck und Papier hält am Sonntag, dem 26. März, um 9 Uhr in der Brauerei Mündlinger, Gerberstraße, ihre Bezirks-Generalversammlung ab. Tagesordnung: Jahresberichte und Neuwahl des Vorstandes.

Sportplatz und Verkauf der Handelsschule

Aus dem Parteileben

Landesvorstandssitzung

Freiburg. Am Samstag, 25. und Sonntag, 26. März findet in Freiburg, Vaubanstraße 12 unsere Landesvorstandssitzung statt. Beginn der Sitzung: Samstag nachmittags 15 Uhr.

Ferner findet am Samstag früh 10 Uhr eine Sitzung der Landeskommission A. u. S. statt.

Freiburg. Achtung — zur Landesvorstandssitzung noch folgendes:

Die Genossen, die für Uebernachtungsmöglichkeiten anlässlich der LV-Sitzungen sorgen, wollen bitte bis Samstag Mittag angeben, ob sie auch diesmal einen Genossen aufnehmen können. Absagen müßten umgehend dem Sekretariat bekanntgegeben werden, damit für Ersatz gesorgt werden kann.

Neustadt. Am morgigen Samstag, 25. 3. 1950 findet um 20 Uhr im Gasthaus „zum Hirschen“ eine wichtige Mitgliederversammlung statt, zu der alle Genossen herzlich eingeladen sind. Beginn pünktlich, vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Singen. Am Sonntag, 26. März, um 9 Uhr, findet im Sekretariat eine Mitgliederversammlung der Betriebsgruppe Fitting statt. Wir bitten um pünktliches Erscheinen.

Sonderverkauf UNSER TAG

Freiburg. Wir machen darauf aufmerksam, daß der nächste Sonderverkauf UNSER TAG am Samstag, 25. März 1950, festgesetzt ist. Die Stadtteile werden gebeten, ihre Beauftragung in der morgigen Funktionärsschulung bekannt zu geben. Die Verkaufsexemplare können am Samstag früh ab 8 Uhr in der Vaubanstraße 12 abgeholt werden.

TERMINE DER FDJ

Freiburg. Am 1. und 2. April findet in Freiburg eine wichtige Delegiertentagung der FDJ Südbaden statt, zu der noch etwa 50 Quartiere gesucht werden. Freiburger Leser unserer Zeitung werden gebeten, ihre Meldungen bitte umgehend an den Kreisvorstand der FDJ, Klarastraße 62 oder an die Redaktion in der Vaubanstraße 12 zu geben, wozu die FDJ bereits vorher auf diesem Wege ihren besten Dank aussprechen läßt.

Freiburg. Die neueste Ausgabe der Jugendzeitung „Freie Jugend“ ist bereits erschienen. Aus dem Inhalt: Essen im Zeichen der FDJ. Jetzt Schluß mit Lüge und Verleumdung. — Es fährt kein Panzer. — Taxi - Girls, Demenfreitilgungen und Theaterschließungen. — Das Lied der blauen Fahne. Alle FDJ-Gruppen nehmen Bestellungen für die „Freie Jugend“ entgegen. Einzelnummer 20 Pf.

Offenburg. Aus Anlaß der Weltjugendwoche findet hier am kommenden Samstag, 25. März, 19.30 Uhr, im Jugendheim — Alte Pfalz, großer Saal, II. Stock, eine Kundgebung statt zu der alle Friedensfreunde herzlich eingeladen werden. FDJ, Kreis Offenburg.

CDU will Kreisverwaltung Maulkörbe anlegen

Egoistische Parteipolitik im Offenburg Kreisrat

Offenburg. (Volkskorp.) Da der Rücktritt des erst vor kurzem gewählten stellvertretenden Vorsitzenden der Kreisversammlung Offenburg Wiedenhorn (CDU) sowohl in Offenburg als auch im ganzen Kreisgebiet allgemeines Aufsehen erregt hat, nahm dies ein Vertreter der Kreisversammlung zum Anlaß, eine Erklärung über diesen überraschenden Rücktritt zu fordern.

Die CDU hatte als Grund für den Rücktritt Wiedenhorns dessen schlechten Gesundheitszustand angegeben. Inzwischen wurde aber bekannt, daß Wiedenhorn seinen Austritt aus der CDU erklärt hat.

Im Verlauf der Sitzung kam nun heraus, daß der Rücktritt des stellvertretenden Kreisvorsitzenden mit der Einstellung des neuen Kreisfursorgeinspektors im engsten Zusammenhang steht, da dieser der CDU nicht genehm war. Da Wiedenhorn in dieser Frage anscheinend nicht den Direktiven der CDU-Leitung folgte, wurde er kurzerhand aus dem Kreisrat ausgetrieben.

Ein Kreisrat wandte sich schärfstens gegen diese unsauberen CDU-Methoden und protestierte dagegen, daß der Vorstand der CDU den gewählten Mitgliedern der Kreisverwaltung Maulschellen anlegen wolle. Die Einstellung eines Beamten der Kreisverwaltung dürfe nicht davon abhängig gemacht werden, ob der betreffende Beamte katholisch oder evangelisch ist.

Wenn gewisse Hintermänner der CDU glauben, die Kreisverwaltung als Plattform für dergleichen Treibereien mißbrauchen zu können, so müsse sich die Kreisversammlung nun endlich dagegen energig zur Wehr setzen.

Offener Brief an den Säckinger Kreisrat

Ehemaliger Auslandsplion wird als Spezialist für Wohnungsfragen eingesetzt

Säckingen. (Volkskorp.) Durch das Landratsamt Säckingen wurde der ehemalige Städt. Beamte K. von Rheinfelden-Baden, der bei der hiesigen Bevölkerung als ehemaliger Spezialist für Auslandsplione noch gut in Erinnerung ist, als Kreisbeauftragter für Wohnungsfragen eingesetzt.

K. wurde 1947 auf Anweisung der französischen Militärregierung aus seinem Dienst in Rheinfelden entfernt. Durch die standhafte Haltung der Belegschaft der Stadtverwaltung Rheinfelden konnte seine Einstellung bisher verhindert werden.

Es berührt nun eigenartig, daß die Aufsichtsbehörde nun dazu die Hand reicht, einem Mann, dessen Vergangenheit der Rheinfelder Bevölkerung und darüber hinaus noch bei unserem Nachbarn, der Schweiz, in sehr guter Erinnerung ist, die Möglichkeit zu geben, erneut eine Stellung einzunehmen, die den demokratischen Kräften eine Provokation bedeutet. Leute vom Schlage K., die den erwachenden Neo-Faschismus verkörpern, gehören nicht in eine derartige Stellung!

Warum konnte das Landratsamt hierfür keinen arbeitslosen Flüchtlingsbeamten oder Kreisverwehrteten einsetzen?

Wenn es nun heißt, K. sei in großer finanzieller Not, so muß dem entgegengehalten werden, daß diese Not nicht größer ist, als die von Millionen Arbeitslosen, Flüchtlingen, Kreisverwehrteten und Rentnern.

Eigenartig ist es hierbei noch, daß das Landratsamt auf Ende dieses Monats entlassen hat, während man auf der anderen Seite gerade diesen Mann in Dienst nimmt.

Was sagt der Kreisrat hierzu?

Bergwacht Freiburg i. Br. Am Sonntag, 26. März sind folgende Stationen der Bergwacht besetzt: Feldberggebiet; Feldberger Hof, Hebelhof, Todtnauer Hütte, Herberghorn; Herberghornstaschhaus. Schaulandsgebiet: Hotel Burggraf.

Vorwärts mit dem Weltbund der demokratischen Jugend für einen dauerhaften Frieden

GROSSE FRIEDENSFEIER

anlässlich der Weltjugendwoche

am Samstag, dem 25. März, 19.30 Uhr im Burghof

Singen-Httwl. Programm

Musik Jugend erwacht Lied

Begrüßung Steht auf, ihr jungen Millionen Gedicht E. Weinert

Wir kämpfen mit der Jugend der Welt für einen dauerhaften Frieden Ansprache

Gelöbnis Weltjugendlied Lied

Bleisoldaten Bühnenspiel

Wir helfen Rezitation

Wann wir schreiten ... Lied

Wir steh'n am Tefon der Zeit Sprechchor

Abschied von Spanien Rezitation

Spaniens Himmel ... Lied

Wir sind nicht allein Sprechchor

Das Lied vom Vaterland Lied

Kaukasische Berge Lied

Weltjugend voran Sprechchor

Lied der Baumwollpflücker in Mexiko Rezitation

Baumwollballen Spottlied

Wir wollen Frieden Bühnenspiel

Auf zum Deutschlandtreffen Aufruf

Auf nach Berlin Rezitation

Nationalhymne

Es ladet herzlichst ein die FREIE DEMOKRATISCHE JUGEND

Eine Gefahr für die ganze Gemeinde

Insel Reichenau. (Volkskorr.) In einem Schulsaal der Inselgemeinde Reichenau trat am Tag des Frühlingsanfangs die Strafkammer des Landgerichtes Konstanz zusammen. Der alte Klosterraum mit seiner meisterlichen Balkendecke und der Turm des Reichenauer Münsters, auf den der Blick fiel, wenn man zum Fenster hinaussah, waren der denkbar gegensätzlichste Rahmen für den zur Verhandlung stehenden Fall: das schwerste Sittlichkeitsvergehen des Landkreises seit der HJ-Affäre, die noch vor dem Kriege war.

Vor den Richtern stand der 38jährige Sohn einer geachteten Reichenauer Landwirtschaftsfamilie, Karl U. Von Statur mittelgroß, mit weiblichen, molligen Körperformen, schwachem Bartwuchs und hoher Stimmlage, ist er nach den Ausführungen des medizinischen Sachverständigen der ausgesprochenen Typ eines Bisexuellen mit latenter Homosexualität. Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Paragraphen 51, Abs. 2 (Verminderte Zurechnungsfähigkeit infolge krankhafter Veranlagung) sind demnach erfüllt.

Die Verhandlung zeigte ein erschreckendes Bild. Die Anklage zählt den widernatürlichen Mißbrauch von 49 männlichen Jugendlichen der Gemeinde im Alter von 7 bis 15 Jahren auf. Während der drei Jahre 1946 bis 1949 benutzte der Angeklagte seine Berufsausübung als Malermeister und die durch Feldarbeit bedingte Abwesenheit der Eltern zu seinem widernatürlichen Tun. Zeitweise blieb kein Tag ohne einen solchen Vorfall. Nicht einmal die 1948 eingegangene Ehe brachte eine sichtliche Einschränkung.

Die Schwere des Falls liegt vor allem in der großen Anhäufung der Fälle, die fast einen Anspruch auf die ganze Gemeinde darstellt. Die Folgen und Schäden dieser Art erster sexueller Aufklärung der Jugend der Gemeinde fallen schwer ins Gewicht. So konnte auch das mit psychologischem Verständnis geführte Plädoyer des Verteidigers das Urteil nur wenig mildern, das auf vier Jahre Gefängnis und anschließende Ueberführung in eine Heil- und Pflegeanstalt lautete.

Man fragt sich, wie in einer kleinen Gemeinde, wo gewöhnlich jeder den anderen kennt, sich fast täglich solche Dinge ereignen konnten, ohne daß die Eltern oder betruenen Erzieher und Seelsorger darauf aufmerksam wurden. Kommt noch dazu, daß eine ganze Reihe dieser Sittlichkeitsvergehen nicht zur Verhandlung kamen, weil sie unter die Amnestie fallen.

Es liegt uns fern, irgendwie das Dorf als Ganzes in Verruf bringen zu wollen. Aber man muß ernstlich die Ursachen dieser Dinge untersuchen.

Schon die Zeugen-Aussagen wiesen darauf hin, daß die Rücksichtnahme auf die Verwandten- und Geschäftsverbindungen ein gerüttelt Maß Schuld trägt. Sicher nicht ganz zu Unrecht legen die betroffenen Eltern aus 42 Familien dem mit der Seelsorge betrauten Münsterpfarrer Beerenbold einen großen Teil der Verantwortung zur Last. Die Erziehungsmethoden dieses Herrn sind sowieso etwas zweifelhaft. Die Reichenauer hätten gegen eine Versetzung dieses Herrn nichts einzuwenden, eben aus diesem Grund.

Sie haben sogar eine Eingabe, die von der Mehrzahl der Einwohner unterschrieben ist, an das Freiburger Ordinariat gemacht. Aber geändert hat sich bis jetzt noch nichts. Vielleicht ist aber das Ministerium des Kultus nun, da das Kind in den Brunnen gefallen ist, geneigt, sich einmal um die Angelegenheiten dieser Gemeinde zu kümmern. Andernfalls müßten die Einwohner zu durchdringenderen Maßnahmen greifen.

Die Erziehungsmethoden dieses Herrn sind sowieso etwas zweifelhaft. Die Reichenauer hätten gegen eine Versetzung dieses Herrn nichts einzuwenden, eben aus diesem Grund.

Sie haben sogar eine Eingabe, die von der Mehrzahl der Einwohner unterschrieben ist, an das Freiburger Ordinariat gemacht. Aber geändert hat sich bis jetzt noch nichts. Vielleicht ist aber das Ministerium des Kultus nun, da das Kind in den Brunnen gefallen ist, geneigt, sich einmal um die Angelegenheiten dieser Gemeinde zu kümmern. Andernfalls müßten die Einwohner zu durchdringenderen Maßnahmen greifen.

Waldkirch i. Br. Wir geben unseren Mitgliedern hierdurch bekannt, daß am Samstag, dem 25. März 1950, abends 20 Uhr, im Gasthaus zum Schwarzenberg, die vierteljährliche Mitgliederversammlung stattfindet. Der wichtigen Besprechung wegen ist eine zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Blumberger Arbeitslosenausschuß fordert Staatszuschuß

Blumberg. (Volkskorr.) Am Dienstag fand in Blumberg eine stark besuchte Erwerbslosenversammlung statt. Auf ihr wurde bekannt gegeben, daß es dem Erwerbslosenausschuß gelungen ist, in Verbindung mit den Gewerkschaften bei der Gemeinde Blumberg durchzudringen, daß die Gebühren für Wasser, Zins, Kanalreinigung und Müllabfuhr lassen werden.

In Anbetracht der außergewöhnlichen Notlage fordern die 250 Erwerbslosen Blumbergs von der südbadischen Regierung, einen Tageszuschuß zur Arbeitslosenunterstützung, in Höhe von 1 DM. Ferner fordern sie einen einmaligen Notzuschuß von 100 DM für jeden Blumberger Arbeitslosen.

Wie in der Versammlung erklärt wurde, ist durch die Errichtung der Taschentuchfabrik in Blumberg keine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten, da dieser Betrieb fast nur Frauen beschäftigt und der niedere Arbeitslohn nur als Unterhaltsbeihilfe gewertet werden könne. Aus diesem Grunde forderte die Erwerbslosenversammlung, daß der Gemeinde Blumberg von der Badischen Regierung ein zinsloser Kredit in Höhe von 150 000 DM für den dringend notwendigen Straßenausbau zur Verfügung gestellt wird. Durch einen solchen Kredit wäre die Möglichkeit gegeben, die Blumberger Arbeitslosen für einige Monate zum vollen Tariflohn zu beschäftigen. Weiter wäre dadurch die Anwartschaft auf die Arbeitslosenunterstützung gesichert. Dieser Punkt wurde besonders betont, da ein großer Teil der Blumberger Erwerbslosen vor der Aussteuerung steht.



Schöne Ostergeschenke



Hübsche Geschenke

für jede Gelegenheit finden Sie passend u. preiswert in: Herren-, Damen- und Kinderwäsche, Herren-Hemden, Krage und Krawatten, Socken, Strümpfen, Miederwaren, hübsche Handarbeiten und Decken, stets Neueingang in aparten Damenkragen, Taschentüchern etc. bei

Leopold Rösinger

Inhaber: Hugo Däumling - Achern, Adlerplatz

DER Frühling NAHT

Lassen Sie sich unsere reichhaltige Auswahl einmal unverbindlich zeigen. Sie werden an unseren ausserlesen Qualitäten zu niedrigen Preisen: für Damen und Herren in

ANZUGEN, KLEIDERN U. MÄNTELN

sowie Stoffen aller Art Ihre Freude haben.

Kaufhaus Georg Kurz

Achern - Adlerplatz - Fernsprech-Nummer 758

Uhren, Brillen, Trauringe

billig und schön kaufen Sie bei

WILHELM FRÜH Uhrmachermeister, Sasbach bei Achern

Wir installieren:
Licht- u. Kraftanlagen jeder Größe

Wir liefern:
Motore, Beleuchtungskörper, Kleingeräte, Radio-Markengeräte zu angenehmen Teilzahlungen

RHEINELEKTRA ACHERN

Hauptstraße 70
Telefon 644

Ladengeschäft
Ratskellerstraße 7

Damentaschen
Schultaschen
Aktenmappen
Reisekoffer
Einkaufstaschen



Moderne
Kinderwagen
Sportwagen
Paldi-
Kinderbetten
Kindersühle
Korbessel
Liegestühle

in großer Auswahl Tel. 406 gegr. 1842 Hauptstr. 82

Stragula - Gardinen - Teppiche

Billiges Angebot!

Zu Ostern besonders große Auswahl:

Herrenanzüge	DM 125.-, 110.- 75.-
Burschenanzug	DM 90.- 78.- 58.-
Knabenanzüge	DM 55.- 78.- 42.-
Herrenübergangsmäntel	78.- 54.- 39.-

Sacco u. Hosen in jeder Art. Lederhosen u. Janker Berufskleidungen

Anton Rabolt Achern

Seit 1890 das altsolide und führende Kaufhaus



Am Rande der Stadt, dafür aber besonders billig

Möbelkauf

jetzt leicht gemacht
Bei 1/3 Anzahlung erhalten Sie sofort frei Haus

Möbel aller Art

Polstersessel, Couches,
Bettcouches, Doppelbettcouches

Matratzen in jeder Ausführung

Aus meiner Großauswahl 3 besondere Angebote:

Formschönes Küchenbüfett
125 cm breit in 8 Raten à 20.- DM

Wohnzimmerbüfett
160 cm breit in 10 Raten à 23.- DM

Mein Schlafzimmer:
Ein Schlafzimmer, das besonders Freude bereitet, gebeizt u. mattiert, Schrank 180 cm breit, laufend lieferbar in 10 Raten à 44.- DM

MÖBEL-WEBER

Freiburg i. Br., Römerhof, Hansjakobstr. 99,
Straßenbahnhaltestelle Linie 4

Bestellen Sie heute noch

UNSER

TAG

Monats-

Abonnement

DM

2.50



Einbruch und Ueberfall ausgeschlossen!

Verkauf: deutsch, Schäferhund, Rüden, schwarz-gelb, 12. Stehohren, kinder- u. geflügelte, folgsam, treu, la. wachsam u. scharf, auf den Mann dressiert, schwerer Draufgänger, für Gebrauch unbezahlbar, la. Stammbaum, Alter ca. 1 J. Näh. durch: Württemb. Tierärztl. Tuttingen, Hornbergstr. 7, Telefon 990.

An alle Hundebesitzer!

Täglich Einbruch u. Ueberfall, daher müssen Sie Ihren Hund abrichten lassen, wenn Sie sich vor Gefahr schützen wollen. Undressierte Hunde sind wertlos. Fordern Sie Dankschr. Näh. durch: Württ. Gebrauchshundschule Tuttingen, Tel. 990. Gegr. 1919.

Neufundländer

8 Monate, Rüde, Siegersohn, Prachtexemplar, gibt la. Ausstellungstier, überall Bewunderung, jedermann staunt, nur einmalig mit la Stammbaum, Wunderbar in Pflege. Näheres durch: Württemb. Tierärztl. Tuttingen, Hornbergstr. 7, Telefon 990.



hilft Husten-Glycin

Fl. 1.30 u. 1.95 in Apoth., Drogerien



FRANCK

KAFFEE-ZUSATZ

Wer etwas

vom Kaffeetrinken

versteht,

würzt seinen Kaffee

seit eh und je

ob Bohnen- oder

Malzkaffee

Willi Ziemann

staatlich geprüfter Dentist

Freiburg i. Brsg.

Erwinstraße 12

jetzt Telefon

Nr. 5092

Die führende Spezial-Versicherung gegen Fahrrad-

diebstahl sucht erfahrene, an

solide Werbung gewohnte

Vertreter auf Prov.-Basis.

Rafadi A.G., München 9.

Bekanntmachungen der Stadt Freiburg

Die Eigentümer der

a) an der Hans-Thoma-Straße zwischen Holbeinstraße und Hölderlebach,

b) an der Beethovenstraße zwischen Silberbach- und Hans-Thoma-Straße,

c) an der verlängerten Lugostraße zwischen Hans-Thoma-Straße bis Grundstück Lgb.-Nr. 5062/11 und 12 und

d) an der Anselm-Feuerbach-Platz mit Zugängen

angrenzenden Grundstücke sollen nach den Vorschriften des Ortsstraßengesetzes vom 15. Oktober 1908 und den vom Bürgerausschuß am 29. November 1909 genehmigten allgemeinen Grundsätzen zum Ersatz der Kosten für die erste Einrichtung dieser Straßen bezogen werden. Zur Durchführung des Bezugsverfahrens ist vom Stadtrat ein im einzelnen berechneter Ueberschlag des Kostenaufwandes, sowie eine Liste der beizugsberechtigten Grundstückseigentümer aufgestellt worden, welche nebst Ortsstraßenplan, aus dem die Lage der Grundstücke zu ersehen ist, in der Zeit vom 27. 3. 1950 bis 9. 4. 1950 auf der Kanzlei des Tiefbauamts, Schloßbergstraße 7, öffentlich ausgelegt worden. Einwendungen gegen den Kostenbezug sind bei Ausschlußvermeidung innerhalb der gleichen Frist beim Bürgermeisteramt, Abt. I, geltend zu machen.

gez. Dr. Hoffmann, Oberbürgermeister

Die Beschlagnahme von Eisen auf Trümmerstellen gemäß Bekanntmachung vom 25. 2. 1946 und die Beschlagnahme der Bauwürmer gemäß Bekanntmachung vom 6. 4. 46 wird hiermit aufgehoben.

Das Bürgermeisteramt.

Trink RICHTERTEE, Du wirst zu sind, ER MACHT DICH SCHLANK, FRISCH UND GESUND!

BEKANNTMACHUNG

St. Georgen im Schwarzwald

Jahrmärkte mit Vieh- und Ferkelmarkt am Dienstag, den 28. März 1950. Zum Besuch wird freundlich eingeladen.

Bürgermeisteramt.

Filmtheater Konstanz

CAPITOL

Bis Donnerstag:

Der neueste Tarzan-Film ist eine Sensation:

Tarzans Abenteuer in New York

Der Mensch des Dschungels im Dschungel der Weltstadt mit Johnny Weismüller als Tarzan

Wo.: 15, 17, 20 Uhr.

So.: 14, 16, 18, 20 Uhr

GLORIA

Bis Donnerstag:

Der neue Curt-Goetz-Film, ein bezaubernd, humorvoller Lustspiel

Frauenarzt Dr. Prätorius

mit Curt Goetz, Val. v. Martens, Erich Ponto, Bruno Hübner u.a. Eine großartige Lachmedizine!

Wo.: 15, 17, 20 Uhr.

So.: 14, 16, 18, 20 Uhr

SCALA

Nur bis Montag:

Ein faszinierender historischer Großfilm um eine ungewöhnliche Liebesromanz

Ruy Blas, der Geliebte der Königin

mit Jean Marais und Danielle Darrieux

Wo.: 14 u. 16, So. 11 u. 14 Uhr

Montag: 14, 16, 18, 20.15 Uhr

Dienstag bis Donnerstag:

Erstaunliche Abenteuer in der Tiefe des Meeres

Menschen unter Haien

Der aufsehenerregende Film von Hans Hüss

„Eine Mars Expedition könnte nicht interessanter sein!“

Dienstag: 14, 16, 18, 20.15 Uhr

Mi. u. Do. nur 14 u. 16 Uhr

Jedes Motorrad

auf 24. Mon. Abzgl. lt. Bildkatalog. Erleicht. Beding.

Wochr. ab 3.39. H 8 8 1 8 r.

Hamburg-GfH. 265.



Knoblauch-Perlen beugen vor gegen Arterienverkalkung

Bettläsungen

„Hicoton“ altbewährt gegen

Preis DM 2.65. Zu hab. in all. Apoth.



Für Feld und Garten



Don 18. bis 20. Mai 1950

Gesamtdeutsche Beratung der Land- u. Forstwirtschaft

Beschluß des Arbeitskreises in Hannover
Je 500 Teilnehmer aus dem Osten und Westen Deutschlands eingeladen

Am 21. 3. 1950 trat der gesamtdeutsche Arbeitskreis der Land- und Forstwirtschaft unter der Leitung von Oekonomierat Otto Vielhauer, Freiburg (Breisgau) und Prof. Dr. Mitscherlich, Berlin, zu seiner zweiten Sitzung in Hannover zusammen. Außer den Mitgliedern des Arbeitskreises aus allen Teilen Deutschlands nahmen auch Gäste aus Niedersachsen, darunter Landwirtschaftsminister Dr. Dr. Gereke und der bekannte Kartoffelzüchter von Kambeck, teil. Der niedersächsische Landtagsabgeordnete, Landwirt Arndt, eröffnete die Sitzung.

Mit starkem Beifall wurden die Begrüßungsworte von Minister Gereke angenommen. Der Minister bezeichnete es als Aufgabe aller Verantwortungsbewußten und mutigen Menschen in Deutschland, unter Überwindung aller politischen Bedenken, die Zusammenarbeit zwischen Ost und West durchzusetzen. Es gibt eine Menge von Möglichkeiten auf wissenschaftlichem und praktischem Gebiet dazu. Von der Landwirtschaft muß nicht zum ersten Male — die bahnbrechende Tat zur deutschen Einheit ausgehen.

Nachdem durch das Sekretariat abgegebener Bericht hat die im Februar durchgeführte Tagung in Schierke in allen Teilen Deutschlands einen starken Widerhall gefunden, weil die gefaßten Beschlüsse dem Willen der deutschen Landwirtschaft nach einer gesunden Entwicklung in einem einheitlichen und unabhängigen Vaterland entsprechen. Aus zahllosen Zustimmungserklärungen von Einzelpersonlichkeiten und von landwirtschaftlichen Organisationen des Westens und des Ostens geht das große Interesse an der Arbeit des gesamtdeutschen Arbeitskreises der Land- und Forstwirtschaft hervor. In allen Teilen Deutschlands haben sich auf Länderbasis Ausschüsse zur Verbreiterung der Bestrebungen nach einer gesamtdeutschen Verständigung in der Landwirtschaft gebildet. Der auf der Schierker Tagung beschlossene Aufruf an die deutsche Landwirtschaft hat den Willen zur Mitarbeit geweckt. Die darin aufgestellten Forderungen können bei gemeinsamer Arbeit jederzeit verwirklicht werden und den Weg für eine einheitliche, gesunde deutsche Landwirtschaft ebnen.

Als Ergebnis der Auswirkungen der Schierker Konferenz wurde beschlossen, schon am 18. bis 20. Mai 1950 die gesamtdeutsche Beratung der Land- und Forstwirtschaft in Eisenach (Thüringen) durchzuführen. Aus dem Osten und Westen Deutschlands sind je 500 Teilnehmer eingeladen, wobei alle

Kreise der Land- und Forstwirtschaft, vor allem die Bauernschaft, berücksichtigt wurden. Ueber die Themen „Entwicklung und Aspekte der deutschen Landwirtschaft seit 1945“ und „Der Weg zur Einheit der deutschen Landwirtschaft“ werden namhafte Vertreter der Agrarwirtschaft aus dem Westen und aus dem Osten referieren. In 17 Arbeitsgemeinschaften werden über alle Gebiete der Land- und Forstwirtschaft Einzelberatungen stattfinden.

„Brüder laßt Euer Zaudern“

In seinen Ausführungen vor dem gesamtdeutschen Arbeitskreis erklärte Minister Dr. Dr. Gereke:

„Es ist mir eine aufrichtige Freude feststellen zu können, daß ein hoffentlich erfolgreicher Versuch gemacht wird zur Wahrung des gesamtdeutschen Gedankens. Mein Erscheinen soll der Beweis sein, daß es im Westen eine große Zahl Menschen gibt, die sich rückhaltslos zu Gesamtdeutschland bekennen.“

Nachdem Dr. Dr. Gereke seinen Befürchtungen, das manchmal der Eindruck entstehen kann, als wenn sich die deutschen Menschen durch die „unselige Zonengrenze“ doch schon stark auseinandergelöst hätten, Ausdruck verliehen hatte, erklärte er abschließend: „Es muß die Aufgabe mutiger Menschen sein, auf ihren Gebieten praktische Beispiele gesamtdeutscher Arbeit zu geben. Lassen Sie uns immer daran denken, daß das Gemeinsame in den Vordergrund gehört. Wir müssen dahin kommen, daß man nicht nur redet von der deutschen Einheit, sondern daß man auch dafür eintritt. Und dann noch eins: Bonn kann nie das Endgültige sein, es bleibt immer nur eine Episode, die hoffentlich bald ihr Ende finden wird.“ Nur Berlin“, so rief der Minister unter großem Beifall der Anwesenden aus, „kann und wird die Hauptstadt Deutschlands sein.“

Bemerkenswerte Aufschlüsse über das Echo, das die Schierker Konferenz gefunden hatte, gaben die Berichte von Dr. habil. Christaller und Dr. Schmelzer. Dr. Christaller stellte heraus, daß in Verfolg dieser ersten Konferenz, Landeskonferenzen in Nordrhein-Westfalen und Bayern stattfinden werden. Auf Kreis-Konferenzen in Hessen will man ebenfalls die Möglichkeiten zur Erörterung sachlicher Fragen auf einer gesamtdeutschen Ebene beraten.

Harry Schmelzer, der von der Seite des Ostens über die Ergebnisse der Beschlüsse von Schierke aus der Deutschen Demokratischen Republik referierte, konnte mit Freuden berichten, daß trotz verschiedener Schwierigkeiten die Gedanken der fachlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit in der Land- und Forstwirtschaft einen breiten Widerhall gefunden habe. Besonders die Landjugend hat sehr stark auf diesen Aufruf reagiert und zum Ausdruck gebracht, daß sie alles tun werde, um die Gedanken zu realisieren.

Mit dem Wort von Thomas Münzer: „Brüder, laßt Euer Zaudern, der Sommer steht vor der Tür“, schloß Schmelzer seine Ausführungen.

Landwirt Ludwig Iven aus Oberem, Bezirk Köln, erklärte: „Vergessen wir trotz aller Schwierigkeiten nicht, daß Deutschland unser gemeinsames Vaterland ist. Ich betone ausdrücklich, daß ich dies vom fachlichen

Standpunkt betrachte. Ihr politisches Glaubensbekenntnis ist mir gleichgültig. Für mich ist nur die Lösung unserer aller Sorgen das Entscheidende.“

Diese Worte wurden unterstrichen durch Oekonomierat Vielhauer, der neben Professor Mitscherlich die markanteste Persönlichkeit der Sitzung des Arbeitskreises war. Vielhauer führte aus: „Ich werde das tun, was ich für richtig halte, selbst dann, wenn meine Meinung nicht mit der der Obrigkeit konform geht. Ich bin davon überzeugt, daß sich unsere Sache, eben weil sie eine gute ist, durchsetzen wird.“

Der Sitz des Sekretariats des Arbeitskreises in Berlin soll mehr als nur eine praktische Bedeutung haben. Symbolisch soll dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß die Bauern und Wissenschaftler der Meinung sind, daß ihre Fragen nur auf einer, nämlich gesamtdeutscher Ebene, gelöst werden können.“ Dieser Gedanke war auch beherrschend bei der Festlegung der Themen, sowie der Wahl der Referenten für die am 18. bis 20. Mai in Eisenach stattfindenden gesamtdeutschen Konferenzen.

In der Erkenntnis, daß der einheitliche Gedanke der deutschen Land- und Forstwirtschaft schon im neuen, paritätisch zusammengesetzten Sekretariat zum Ausdruck kommen muß, wurde das bereits in Schierke gewählte Sekretariat einstimmig bestätigt. Den Vorsitz in diesem Sekretariat haben Professor Dr. Mitscherlich und Oekonomierat Vielhauer inne. Heute wurde beschlossen, Ländersekretariate zu schaffen, die auf der Grundlage der gefaßten Beschlüsse arbeiten sollen.

Mit seinem „Aufwiedersehen in Eisenach“, schloß Oekonomierat Vielhauer die Tagung, die bewies, daß es möglich ist, gesamtdeutsche Probleme auch auf gesamtdeutscher Basis zu behandeln und einer Lösung näherzubringen.

Schützt die Bienen

Wenn der Frühling seine Blütenpracht entfaltet, werden die Bienen wieder von Blüte zu Blüte fliegen, nicht nur, um Honig zu sammeln, sondern auch um die Blüten zu befruchten. Die Bienen sind, was oft übersehen wird, durch die Pflanzenschutzmittel zur Bekämpfung schädlicher Insekten stark gefährdet. Deshalb bestehen gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen, die u. a. vorschreiben, daß es zum Schutz der Bienen verboten ist, blühende Obstbäume und -sträucher sowie andere blühende Kulturpflanzen mit insektenabtötenden Pflanzenschutzmitteln zu behandeln. Besteht in Ausnahmefällen die Notwendigkeit dazu, so darf dies nur außerhalb der Hauptflugzeit der Bienen durchgeführt werden. Muß eine Behandlung während der Hauptflugzeit der Bienen vorgenommen werden, so sind die Eigentümer der in einem Umkreis von zwei Kilometern befindlichen Bienenstöcke mindestens 24 Stunden vorher davon zu verständigen. Die Anwendung von arsenhaltigen Mitteln ist bei Obstbäumen kuzz vor und während der Blüte der zu behandelnden Bäume verboten.

Vor Anwendung insektenabtötender Pflanzenschutzmittel müssen blühende Unkräuter aus Feldbeständen oder unter Obstbäumen und Sträuchern entfernt werden. Besteht in Ausnahmefällen die Notwendigkeit der Behandlung von Feldbeständen mit blühenden Unkräutern oder von Obstbäumen und -sträuchern mit darunter stehenden blühenden Unkräutern, so gilt dasselbe, was oben bei den Obstbäumen und gärtnerischen Kulturpflanzen gesagt ist. Obstbäume und -sträucher sowie andere Kulturpflanzen, die in einem Abstand von bis zu 30 Meter von Bienenständen und Bienenrücken stehen, dürfen auch vor und nach der Blüte nur außerhalb der Hauptflugzeit nach rechtzeitiger Verständigung der Eigentümer der benachbarten Bienenstöcke mit insektenabtötenden Pflanzenschutzmitteln behandelt werden. Diese Vorschriften gelten u. a. nicht für die Behandlung von Reben und Kartoffeln sowie bei amtlichen wissenschaftlichen Forschungen und Versuchen. Eine Zuwiderhandlung gegen diese Vorschriften kann eine Bestrafung nach sich ziehen.

Herzdog der Schweine geklärt? Der sogenannte Herzdog der Schweine hat schon große Opfer gekostet. Viel ist hier über geschrieben worden, und es existieren eine ganze Anzahl von Vermutungen, worauf diese Krankheit zurückzuführen sei, jedoch wollte keine bisher so recht befriedigen. Jetzt aber ist eine neue Arbeit in den „Monatshäften für Veterinärmedizin“

Heft 12/1949, von Tierarzt Dr. H. Barthel erschienen, auf Grund derer vielleicht das Problem einer Klärung zugeführt werden kann. Der Verfasser kommt an Hand seiner praktischen Erfahrungen und Versuche zu der Auffassung, daß es sich bei dieser Krankheit um einen Mangel an Vitamin A handelt. Behandlung erkrankter Schweine mit einem Vitamin-A-Präparat hatte eindeutige Erfolge.

Herzog tritt nach Barthel hauptsächlich dort auf, wo die Schweinemast einseitig betrieben wird, mit viel Kartoffeln und Molkeabfällen. Er empfiehlt in diesem Falle als Vorbeuge gegen Herzdog Befütterung von Karotten, Mohrrüben, Spinat, grünen Salat, Grünkohl, Weizenkleie und gelbem Mais.

Gegen Kükeneinfuhr Gegen die geplante Einfuhr holländischer Küken wandte sich der Landesverband der Wirtschaftsgelügelzüchter Weser-Ems. Diese Einfuhr würde zwangsläufig zur Stilllegung zahlreicher Brutereien führen. Wie man aus Bonn dazu erfährt, beabsichtigt die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft nicht gegen diese Einfuhr etwas zu unternehmen. Es wird weiter erklärt, daß man höchstens nicht untersuchte und nicht mit Attesten ausgestattete Tiere auf Grund des Seuchengesetzes zurückweisen könne.



Die Keimdauer der Gemüsesamen

Ueber die Keimdauer der Gemüsesamen ist eine gewisse Kenntnis notwendig. Man kann dadurch Saatgut und Geld sparen. Dennoch ist für den Kleinanbau zu empfehlen, daß das benötigte Saatgut, soweit es nicht selbst gezogen, alljährlich neu beschafft wird. Sehr häufig sind die Samenbestände gemischt aus gutem und weniger gutem Saatgut oder aus älterem und jüngerem Samen, so daß selbst bei lange Jahre keimfähigen Samen, die Keimfähigkeit schnell nachläßt.

Für die Güte des Saatgutes ist nicht nur die Keimfähigkeit entscheidend, sondern auch die Keimenergie. Mit nur wenigen Ausnahmen hat frischer Samen, der gut ausgegüht ist und eine höchstprozentige Keimkraft besitzt, auch eine hohe Keimenergie, d. h. der Samen keimt nicht nur gleichmäßig und gut, sondern auch schnell und kräftig. Dadurch wird der Bestand gleichmäßig, er

Ein Jahr MAS

Als vor einem Jahr in der Deutschen Demokratischen Republik die Maschinenaustauschstationen gebildet wurden, glaubten viele Bauern nicht so recht an eine erfolgreiche Arbeit derselben. Aber ein Jahr Arbeit hat hier eine entscheidende Bresche erzielt und die Bauern in der DDR vom Gegenteil überzeugt. Heute stellt der größte Teil der Bauern die Frage, ob die MAS in diesem Jahr auch in der Lage sein wird, gerade ihren eigenen Acker rechtzeitig zu bestellen.

Die MAS, ihre Arbeiter und Traktoristen, haben in vielen Wettbewerben des vergangenen Jahres gezeigt, wie man die Arbeitsleistung und die Produktivität der Arbeit verbessern kann. Vorbildliches auf diesem Gebiet leistete der Traktorist Bruno Kiesler, von der MAS Kötke in Sachsen-Anhalt. Die zentrale Leitung der MAS hat jetzt ein Material herausgebracht, in dem in übersichtlichen Tabellen und Bildern gezeigt wird, wie Kiesler es fertig brachte, mit einem sowjetischen Traktor seine tägliche Norm laufend zu erhöhen.

Das Geheimnis seines Erfolges ist nicht wildes Draulosarben, sondern richtiges Planen und Durchdenken der Arbeit. Möglich sind derartige Erfolge allerdings nur dort, wo die gesellschaftliche Grundlage der Arbeit geändert wurde. Nur dort kann eine andere Einstellung des einzelnen zur Arbeit, ein neues Arbeitsethos entstehen.

MAS sind einsatzbereit Auf der zentralen Arbeitstagung der Maschinenaustauschstationen in der DDR teilte der Leiter der Zentralverwaltung der MAS mit, daß gegenwärtig 516 Maschinenaustauschstationen, 74 Maschinenaustauschwerkstätten, 7 Spezialwerkstätten, 5 Landmaschinenhöfe, sowie 9 Lehranstalten und Schulen bestehen.

In Wirtschaften bis zu 5 ha haben 129 000 ha und in Wirtschaften bis zu 10 ha rund 470 000 ha Land von den MAS bearbeitet und insgesamt über 1,5 Millionen t Getreide von ihnen gedroschen. Für die Frühjahrseinstellung sind mehr als 6700 Traktoren einsatzbereit.

Weizenüberproduktion in den USA ruiniert die kleinen Farmer

Die Zeitung „New York Times“ weist in ihrer Ausgabe vom 5. März darauf hin, daß ein Uberschuß an Weizen zu erwarten ist. Um die Weizenpreise zu halten, so meint die Zeitung, müßten die Investitionen zur Stützung der Weizenpreise von einer Milliarde auf eineinhalb Milliarden erhöht werden. Der amerikanische Weizenexport, der jetzt schon ungenügend sei, würde schlagartig zurückgehen, wenn die Regierung die Unterstützungsaktionen einstelle. Wer Geld in Wirklichkeit erhält, darüber unterrichtet uns diese bürgerliche Zeitung ebenfalls. Sie schreibt:

„Seit der Weizen von den großen mechanisierten Farmen billiger angeboten wurde, hat die Regierungspolitik die Entwicklung von Großfarmen begünstigt. Infolge dieser Maßnahmen sind die kleinen Farmen fast verschwunden. Als Resultat ist festzustellen, daß die vom Steuerzahler getragenen Fonds zur Stützung der Weizenpreise zum größten Teil in die Taschen der Großfarmer fließen, von denen viele ein jährliches Einkommen von 100 000 und mehr Dollar haben.“

Schwarzwildschaden nimmt überhand

Der durch Schwarzwild entstandene Schaden in Westdeutschland wird für das Jahr 1949 auf 22,5 Millionen DM geschätzt. Nach dem Ernährungsausschuß in Bonn vorliegenden Unterlagen kann mit einem Schwarzwildbestand in Westdeutschland von mindestens 78 900 Stück gerechnet werden. Bei einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 14 Millionen Hektar ergibt sich ein Wildschaden von 1,61 DM je Hektar.

Neue Getreidesorten in der UdSSR

Frostfreier Weizen bringt 35 dz pro Hektar

Auf den Kollektivwirtschaften der Ukrainischen Sowjetrepublik kommen in diesem Frühjahr neue ertragreiche Getreidesorten zur Aussaat, die in der staatlichen Selektionsstation in Charkow gezüchtet wurden. Nach langen Kreuzungsversuchen ist eine Sommerweizenart mit besonders großen Ähren gezogen worden, die widerstandsfähig gegen Trockenheit und Schädlingsbefall ist. Ihr Ernteertrag ist um sieben bis acht dz pro Hektar höher als bei gewöhnlichen Sorten. Der doppelte Ernteertrag wurde mit 41 dz pro Hektar bei einer neuen Erbsenart erzielt, die große Widerstandsfähigkeit gegen Schädlinge und Pilzkrankungen zeigt.

Außerdem ist besonders früh reifender Mais durch Kreuzung zweier Sorten gezüchtet worden. Dieses Hybrid reift einige Tage früher als gewöhnliche Sorten und ist deshalb zum Anbau in den nördlichen Gebieten der Ukraine geeignet. Im Vergleich zu anderen Sorten bringt dieser Mais einen neun bis zehn dz höheren Ertrag pro Hektar hervor.

Eine neue Sorte Winterweizen, die im Herbst 1949 erstmalig auf großen Flächen angebaut wurde, bringt durchschnittlich Erträge von 35 Doppelzentnern pro Hektar. Es ist frostfest und besitzt gute Backeigenschaften.

Aufzucht lebensfähiger Küken

Viele Hühnerhalter sind der Auffassung, die ersten zehn Tage seien der Küken die kritischsten. Diese Auffassung ist irrig, die entscheidende Zeit kommt erst später, wenn die Küken der künstlichen Wärme entzogen werden sollen. Der erste Fehler wird gewöhnlich gemacht, wenn man den Tieren zu plötzlich die Wärme entzieht. Dann drängen sie sich zusammen und es kann passieren, daß die Zahl der erdrückten und ersticken Küken beträchtlich ist.

Es ist zweckmäßiger, wenn man sich bei dem Wärmezug nicht nur nach dem Alter der Küken richtet, sondern auch nach der Witterung. Grundsatz ist: Frühbruten brauchen länger Wärme als Spätbruten. Die Jungtiere müssen bevor die Heizquelle entfernt wird, gelernt haben, auf die Sitzstange aufzuziehen. Am zweckmäßigsten bringt man dazu die Stangen anfangs alle gleich hoch kurz über dem Boden an, man kann sie z. B. auf Ziegelsteinen legen. Haben sich die Jungtiere an die Stange gewöhnt, ist die Gefahr des Erdrückens nicht mehr groß. Jetzt gilt es, die Tiere zu robusten, widerstandsfähigen Hennen zu entwickeln. Das ist jedoch nur mit der beweglichen Junghehnenzucht möglich, d. h. die Junghehnen müssen auf frischem Gelände aufgezogen werden.

Um zu verhindern, daß die Küken Kot picken, werden sie auf Drahtgeflecht gehalten, auf das man auch den Futtertroß stellt. So kann das Futter, das zu Boden fällt und schimmelig wird, nicht von den Tieren aufgepickt werden. Man reicht jeweils nur soviel Futter, wie die Tiere fressen können. Vom achten Tag ab erhalten die Küken bereits Grünfütter, dazu gibt man je vier bis fünf Küken eine Messerspitze voll Nahrung. Die Einstreu für die Küken besteht am besten aus 1 cm Sand und 2 cm Häcksel. Frühbrutküken läßt man gewöhnlich erst hinaus, wenn es draußen warm und sonnig

ist. Spätbrutküken läßt man dagegen oft schon am fünften Tag ins Freie. Dabei besteht die Gefahr, daß die Tiere sich verkaufen und Wieseln oder Ratten zum Opfer fallen. Man gibt den Tieren zweckmäßig reichlich Grünfütter und öffnet bei schönem Wetter die Fenster weit, damit die Tiere die Sonne genießen können. Erst wenn sie älter sind und draußen der Boden nicht mehr kalt und feucht ist, sollte man die Tiere ins Freie lassen.

Herzog der Schweine geklärt?

Der sogenannte Herzdog der Schweine hat schon große Opfer gekostet. Viel ist hier über geschrieben worden, und es existieren eine ganze Anzahl von Vermutungen, worauf diese Krankheit zurückzuführen sei, jedoch wollte keine bisher so recht befriedigen. Jetzt aber ist eine neue Arbeit in den „Monatshäften für Veterinärmedizin“

Wenn Obstbäume Wasserschossen treiben

Der beobachtende Obstzüchter wird erkennen, daß der Obstbaum auf Eingriffe oder Veränderungen der natürlichen Verhältnisse reagiert, und zwar in manchen Fällen durch Treiben von Wasserschossen. Zu diesen Eingriffen gehört der Schnitt. Wo Aeste entfernt werden, da wird das Gleichgewicht gestört. Die Folge davon ist das Treiben von Wasserschossen. Aber nicht nur der Schnitt reizt zu diesem Austrieb, auch eine Veränderung in den Ernährungsverhältnissen zeigt die gleiche Wirkung. Bäume, die im Rasen stehen und keine Lüftung erhalten treten vielfach in den Hungerzustand. Der Holztrieb wird ganz eingestellt, die Früchte bleiben klein, meist nur haselnußgroß. Als der Rasen versuchsweise unter solchen Bäumen umgegraben wurde und das Land Stallmist und Jauche erhielt, entwickelten sich ein freudiger Holztrieb. Wasserreiser entstanden hierbei an vielen Aesten. Die Obstbäume lebten wieder auf. Sie verzögerten sich selbst ohne Rückschnitt und trugen wieder normale Früchte.

In früheren Zeiten mußten sämtliche Wasserschossen auf Astring entfernt werden. Das tun wir heute nur noch dort, wo sich die Baumkrone in ordnungsmäßigem Zustand befindet, — wo das Holz jung ist und keine

Lücke im Aufbau des Gerüsts festgestellt werden kann.

In den meisten Fällen dienen uns die Wasserschosse entweder zur Ergänzung und Erneuerung der Krone und der Fruchtäste. Hierzu werden besonders die Schosse geeignet sein, die sich an den seitlichen Kronenästen befinden. Diese Wasserschosse werden, wo gebraucht, je nach Länge und Stärke auf vier bis acht Augen zurückgeschnitten und möglichst in die Lücke oder, wo ein alter Ast ersetzt werden soll, heruntergebunden. Später kann der alte Ast, vom Stamm aus gesehen, hinter dem Wasserschoß abgesägt werden. Damit der junge Ast eine vorchriftsmäßige Entwicklung tätigt, muß die Triebspitze immer etwas nach oben gerichtet sein. In dieser Weise werden einige Triebe Verwendung finden. Andere können zur Fruchtholzgarnerung an den älteren Aesten dienen, und das besonders dann, wenn sie nicht senkrecht, sondern mehr seitlich erscheinen. Durch Rückschnitt um die Hälfte später noch schärfer, läßt sich vorzügliches Tragholz erzielen. Dagegen ist zu empfehlen, die an dem Mittelstamm entstehenden und senkrecht aufstrebenden Wasserschosse auf Vring zu entfernen. Vielfach werden alte Holzkrone durch

stärken Rückschnitt ins alte Holz verjüngt. Die nun treibenden Wasserschosse bieten ein Astmaterial, aus dem bald eine neue Krone aufgebaut wird. Man lasse es nicht erst zu diesem radikalen Rückschnitt kommen, sondern baue im Laufe der Zeit mit Hilfe der Wasserschosse die Baumkrone um. Und zwar beginne man damit, sobald Aeste Tragmüdigkeit erkennen lassen.

Und die verpflanzten älteren Bäume! Durch den radikalen Rückschnitt gleichen sie nach dem Anurzeln wahren Wuschelköpfe. Hier muß gleich in den Jahren nach dem Ausrüst das Auslichten beginnen. Die am besten stehenden und stärksten Schosse werden zum Aufbau der Krone verwendet. Unter keinen Umständen schneidet man die anderen Schosse in einem Jahre. Dieses Aussagen wird, nachdem die Wasserschosse zurückgeschnitten worden sind, auf mehrere Jahre verteilt. Schon im dritten und vierten Jahr ist eine Krone entstanden, deren Aeste sich so gekräftigt haben, daß sie für die Zukunft reiche Ernte versprechen.

Wasserschosse sind also keine krankhafte Erscheinung, sondern in ihnen liegt ein natürlicher Trieb, das Leben zu erhalten und die Kraft der Tragbarkeit zu erneuern.

wächst schnell heran und ist widerstandsfähig.

Die Keimdauer bei den einzelnen Gemüsearten beträgt bei: Gurken und Kürbis 6 bis 8 Jahre; Radies, Rettichen, Kohlrabi, Kohlrüben, Mal- und Stopperrüben, Knobelsellerie, Mangold und roten Rüben 5 bis 6 Jahre; Blumenkohl, Weißkohl, Wirsing, Rotkohl, Rosenkohl, Grünkohl, Porree, Endivien, Kopfsalat, Schnittsalat, Feldsalat, Pflücksalat, Tomaten, Spinat und Puffbohnen 4 bis 5 Jahre; Buschbohnen, Stangenbohnen, Feuerbohnen, Gartenerbsen, Karotten und Möhren 3 bis 4 Jahre; Petersilie und Zwiebeln 2 bis 3 Jahre und Pastinak 1 bis 2 Jahre.

Die Dauer der Keimfähigkeit der Samen ist abhängig von dem Reifegrad, in welchem sie geerntet wurden, und von der Art der Aufbewahrung. Je besser das Saatgut ausgegüht ist, desto besser ist die Keimfähigkeit und desto höher ist die Keimenergie. Bei einem solchen Saatgut besteht auch nicht die Gefahr, daß es vorzeitig die Keimkraft verliert.

Die Lagerung erfolgt am besten in Säcken, die an einem trockenen, luftigen Platz aufgehängt werden. Die Samen sind nicht frostempfindlich.

Da lacht der Bauer

Tante Thea kommt in die große Stadt. Ihre Reisetasche schleppend, verläßt sie den Bahnhof. Ihr zu Häupten donnert ein Flugzeug. Gen Himmel starrend überquerte Tante Thea die Straße, wird von einem Gaul gestreift, zwingt eine Elektrische so hart zum Bremsen daß ein ausweichendes Taxi mühsam den Zusammenprall mit 2 Radfahrern vermeidet, gerät um Haarsbreite unter einen Anhänger truppelt weiter, immer den Blick stier nach oben gerichtet, treibt einem Bierkutscher den Angschwweiß aus den Poren, verursacht die Karabombe eines Möbelwagens mit einem Motorrad, wird von einem Polizisten auf den Bürgersteig geführt, bedankt sich nebenhin und sagt mißbilligend; indem sie steil aufwärts zeigt: „Nein, diese jungen Leute, ihr Leben so leichtsinnig aufs Spiel zu setzen!“

Kürzlich wurde ein amerikanischer Geistlicher gefragt, ob er auch für seine Staatslenker bete. „Nein“, erwiderte er, „die sehe ich mir bloß an, dann bete ich für das Volk.“

Das Haus ohne Skandale

Eine Erzählung aus dem alten Ungarn — Von Bela Zsolt

Der ungarische Schriftsteller und Journalist Bela Zsolt, der im Juli 1949 83jährig starb, leitete die sozialistische Wochenschrift „Haladás“ (Fortschritt). In der folgenden Novelle gibt er eine satyrische Darstellung des ungarischen Kleinbürgertums, das unter Horthy seine letzte Blüte erlebte.

In der vierstöckigen Mietskaserne, Muranyi-Straße Nr. 143, wohnten Handwerker, Gewerbetreibende, Arbeiter und einige Untermieter, die in den benachbarten Kolonialwarenläden, Textil- und Grünkrämläden angestellt waren. Alles einfache und seriöse Leute gereiften Alters, die sich um nichts anderes kümmerten als um ihre eigenen Angelegenheiten.

In der zweiten Etage lebte in einer Dreizimmerwohnung eine 40jährige Frau mit rotgefärbten Haaren. Alle Welt wußte, daß sie seit fünfzehn Jahren die Geliebte eines Anwalts aus der City war, der allabendlich nach seinem Dämmeressen in dem gleichen Flaker zu ihr zu kommen pflegte. Häufig übernachtete er bei ihr, und dann stand Margarita schon um sieben Uhr morgens auf dem Korridor und brühte Kaffee auf. Wenn der Kessel summt, steckte ihre Nachbarin, Frau Kandos, den Kopf aus der Küchentür und erkundigte sich in liebenswürdig-vertraulichem Ton:

„Ist der Herr Advokat schon aufgestanden?“

„Der? Der schläft noch mit geballten Fäusten. Ich muß ihn eine halbe Stunde rütteln, bevor er wach wird.“

„Mein Mann wollte ihn in einer Steuersache um Rat bitten. Aber das hat Zeit.“

Und wer die beiden Frauen im Flur sah, hätte nicht erraten können, wer die ausgehaltene Maitresse und wer die respektable Bürgerin war. Beide waren ungekämmt, trugen schmutzige, zerdrückte Schlafrocke, und ihre ausgetretenen Pantoffeln enthielten mit dem gleichen Mangel an Anmut ihre roten Füße.

Nein, die ausgehaltene Margarita war wirklich keine aufregende Erscheinung. Und das Außergewöhnliche des Hauses Nr. 143 war nicht in ihrem langjährigen Konkubinat mit dem Advokaten zu suchen. Das Außergewöhnliche lag in der Tatsache, daß in Budapest, wo jedes Haus seine eigene Skandalchronik besitzt, dieses Haus eine vollkommen ereignislose Atmosphäre ausstrahlte.

Dann kam der Krieg 1914/18. Aus dem Hause wurde kein Mann eingezogen, so daß auch diese Jahre trotz der wachsenden Teuerung friedlich vergingen. Die Revolution, die Straßenkämpfe bewirkten, daß man jetzt statt um halb zehn Uhr schon um acht Uhr zu Bett ging.

Langsam wuchsen die Kinder heran. Die kleine Toncsi Kandos wurde schon fünfzehn. Ihre Brust und ihre Hüften begannen sich zu runden, ihre mageren Beine wurden immer länger. Zusammen mit den Nachbarkindern versteckte sie sich gerne in Hausböden, wo man zuerst kicherte und sich dann in ernste Gespräche vertiefte. Toncsi wußte alles. Voller Wissendurst bis sie täglich die Zeitung von Anfang bis zu Ende und berichtete den anderen Kindern alle Sensationen.

Schon seit längerer Zeit hatte Margarita scheelen Blickes Toncsis Entwicklung verfolgt. Die knospende Weiblichkeit des Mädchens brachte sie täglich mehr in Harnisch. Margarita wußte, daß nur die kleinbürgerliche Moral ihre illegale Lebensweise beschützte und hielt es deshalb für ihre Pflicht, sich auf diesem Gebiet besonders hervorzutun. Sie versäumte keine Gelegenheit, um Frau Kandos die Augen zu öffnen:

„Warum ziehen Sie Toncsis keine längeren Kleider an? Man sieht ja fast schon ihre Oberschenkel!“

Frau Kandos betrachtete ihre Tochter kritisch. Ihre Mutteraugen sahen aber nur unschuldvolle Blicke und reizende Wangenröbchen.

Als Margarita dem um das Wohl seiner Familie besorgten Herrn Kandos einmal

dasselbe sagte, wurde Toncsis Rock um zwei Finger breit verlängert. Das Mädchen blieb schmolend drei Tage lang zu Hause, weil sie Margarita den Triumph nicht gönnen wollte.

Am vierten Tage marschierte Toncsi hochgehobenes Hauptes direkt vor Margaritas Küchentür. Sie war verschlossen. Jahrelang war das nicht geschehen. Verreist konnte Margarita nicht sein: ihre einzigen Verwandten lebten in Amerika. Wenn sie, was häufig vorkam, spazieren ging, ließ sie die Tür offen.

Toncsi lief die Treppe hinab und teilte der ältesten Tochter des Schusters diese sensationelle Neuigkeit mit: „Du weißt, daß solche Frauen schließlich immer ermordet werden. Kürzlich hat man eine an ihrer Gardinenschürze erhängt aufgefunden.“

„Wer hat sie umgebracht?“

„Ein Mann natürlich!“

„Ein Advokat?“

„Du bist ja doof. Glaubst du, diese Frauen werden nur von einem einzigen Mann besucht?“

Die Schustertochter war entsetzt. Toncsi überlegte: „Heute morgen habe ich einen Unbekannten im Hause gesehen.“

Sie beobachtete die Tür bis zum Abend, aber sie öffnete sich nicht. Beim Abendessen sagte Toncsi es ihrem Vater:

„Na und?“ fragte er.

„Sie bittet uns immer, auf die Tür zu achten, wenn sie fortgeht“, bestätigte Frau Kandos. „Sie muß also zu Hause sein.“

Herr Kandos war sichtlich beeindruckt. Er erhob sich: „Ich werde nachsehen.“

Alle drei begaben sich zu der verschlossenen Tür. Herr Kandos klopfte. Keine Antwort. Er trommelte mit beiden Fäusten gegen das Holz. „Machen Sie auf! Oder können Sie nicht? Ist Ihnen etwas passiert?“

Der Lärm lockte die übrigen Mieter aus den Wohnungen: „Was ist denn hier los?“ „Margarita muß etwas passiert sein.“ Alle Mieter versammelten sich vor der verschlossenen Tür und klopfen und riefen abwechselnd. Drinnen blieb alles still. Da flüsterte Toncsi der Schustersfrau zu: „Heute morgen hab ich im Treppenhause einen Unbekannten gesehen.“

„Hören Sie, was das Kind sagt“, schrie die Schustersfrau. „Welch ein entsetzliches Unglück!“

Nach einem Augenblick war das Haus in hellem Aufruhr. Die Portierfrau wurde alarmiert und versuchte brummend, ob ein Schlüssel ihres umfangreichen Schlüsselbundes in die Tür paßte. Da legte sich der Verkäufer vom Hutladen, der die Gesetze kannte, ins Mittel: „Das ist Hausfriedensbruch! Sie müssen die Polizei holen.“ Allgemeine Zustimmung. Eine Viertelstunde verging in nervenaufreißendem Warten. Die Gesichter röteten sich, die Augen funkelten.

Die Polizei war noch nicht erschienen, als plötzlich hinter ihnen eine heiserne Stimme ertönte: „Was ist mit meiner Tür los? Was machen Sie da?“

Alle schwiegen. Darauf waren sie nicht vorbereitet. Eine lebendige Margarita, die ihnen in den Rücken fiel! Panikartig verschwanden sie, gejagt von Enttäuschung.

Reise in das Land „der großen Freiheit“ Von Stephan Hermlin

Ich hatte zusammen mit meinem Freund am Friedrichstraßen-Bahnhof in Berlin den „Fliegenden Hamburger“ bestiegen. Am Bahnhof Zoo nahmen vier, sehr gut gekleidete, wohlgepflegte und gutgenährte Herren in unserem Abteil Platz. Es waren sogenannte „intelligente Herren“. Der eine von ihnen schien ein Musikbegeisteter zu sein. Während der Reise von Berlin bis zur Zonengrenze wurde nur sehr wenig gesprochen. Es wurden nur einige der üblichen abfälligen Bemerkungen gemacht.

Unser Zug war ein ausgezeichnet eingerichteter Luxuszug. Der Zugführer kam während der Fahrt herein und begrüßte uns einzeln. Die „Herren“ warfen sich Blicke zu, und einer bemerkte:

„Ja, sie schmieren uns mal wieder Honig ums Maul.“

Mein Freund und ich saßen stumm und lasen.

Die Igellehre Von Michail Prischwin

Der Hund schleicht genau wie der Fuchs und die Katze die Beute an. Und dann erstarrt er plötzlich. Das nennen die Jäger „Anstand“. Der Hund hat nur dazustehen und hinzuweisen, der Mensch aber „Schleif“ so bald der Vogel aufsteigt. Wenn jedoch der Hund beim Aufsteigen des Vogels hinter diesem herläuft, so ist das keine Jagd. Während er dem einen Vogel nachjagt, schreckt er einen zweiten und dritten auf — und wenn er dann noch mit Gekläff durch den Sumpf stöbert, dann kann der Jäger nach Hause gehen.

Ich versuchte, Romka beizubringen, die Vögel nicht zu jagen, aber es war umsonst. „Er ist unkultiviert!“ sagte einmal Jägermeister Kirsan zu mir.

„Was macht man denn gegen Unkultiviertheit?“ fragte ich.

Kirsan gab mir eine seltsame Antwort: „Unkultiviertheit treibt man einem Hund am besten mit dem Igel aus.“

Wir beschafften uns einen Igel. Ich brachte Romka an eine Stelle, wo es viele Birkhühner gibt, und er blieb vor dem Nest eines Birkhuhns stehen. Ich stellte mich hinter Romka auf, während Kirsan mit dem Igel seitlich von mir Stellung bezog. Ich befahl: „Vorwärts!“

Dann kam die Zonengrenze. Die Volkspolizei trat ein, überzeugte sich von den Pässen, war höflich, nett und fragte lediglich nach den Papieren. Um die „Herren“, die sämtlich Zeitungen wie „Der Tagesspiegel“ und die „Neue Zeitung“ vor sich liegen hatten, kümmerte sich kein Polizist besonders. Niemand nahm Notiz von ihrem Lesestoff.

Die Reise ging weiter. Die Westpolizei kam herein. Mein Freund der mir gegenüber saß, las in meinem letzten Buch (einem Band Erzählungen). Ich hatte es ihm geliehen. Jetzt kommt ein Westpolizist an uns heran, kontrolliert die Pässe und fragt: „Haben Sie auch keine ostzonale Presse bei sich, keine Zeitungen, Bücher usw.“

Alles brummt: „Nein.“ Er wirft einen Blick auf meinen Freund. Ihm fällt mein Buch in die Hand. Er blättert darin und sagt: „Das ist aber ostzonal.“ Ich sage daraufhin: „Entschuldigen Sie, das Buch gehört mir; ich bin dafür verantwortlich. Ich bin der Autor. Ich habe doch hoffentlich das Recht, ein Exemplar meines eigenen Buches mit mir herumzuführen.“

Nun — die vier Herren sehen fassungslos vor sich hin. Der eine Herr, der mir gegenüber saß und besonders eifrig zuhörte, der Musikbegeisterte, bemerkte: „Ja, ist das überhaupt möglich, wir sind doch im Land der Freiheit!“ Ich sagte daraufhin: „Ja, Herr, bei uns haben wir die russische Freiheit, hier aber herrscht die amerikanische.“

Nun fragte mich der Polizist mit strengem Blick: „Ist auch keine Tendenz in diesem Buch?“ „Nicht, daß ich wüßte.“ Er ging hinaus.

Jetzt ging ein Gespräch los. Die Herren waren sehr betreten, versuchten zu retten, was zu retten war. Die westliche Demokratie stand ihnen im Gesicht geschrieben, und sie sagten: „Aber das hat es doch noch nie gegeben.“

„Doch, doch, das gibt es. Bei uns — in der Deutschen Demokratischen Republik — können Sie alle Bücher kaufen. Aber sehen Sie, ich habe erst vor ein paar Tagen von Anna Seghers, daß in Essen Bücher und Werke des Marxismus beschlagnahmt worden sind.“

Daraufhin sagte einer der Herren (sie versuchen immer noch etwas zu finden um ihre Demokratie zu retten): „Das ist nur die Frage des Dumpings.“

„Ich bin nur Schriftsteller, ich verstehe nichts von Politik, in der von „Dumping“ die Rede ist. Politisch ist das; ja, das ist es gerade, was ich feststellen möchte. Das geht auf Metternich zurück, meine ich. Diesen Metternich-Charakter trägt die „Zone der Freiheit“.“

Die Herren waren sehr betreten und ganz befangen. Plötzlich, die „Herren“ waren schon mit dem Anziehen ihrer Mäntel beschäftigt, kam einer noch auf das Pfingsttreffen der Jugend in Berlin zu sprechen. Er sagte kopfschüttelnd und tief geknickt: „Ja, wissen Sie, das mit dem Pfingsttreffen in Berlin, das wird was geben.“

Damit fuhren wir in Hamburg ein und man verließ sich.

Winzige Blumen, Veilchen, Schneeglöckchen und Primeln, gucken jetzt wieder aus den Fenstern der Blumenläden. Wer freut sich ihrer nicht? Können sie doch mit ihrem Erscheinen den Frühling an. Mit seinem Einzug verschwinden für viele wenigstens einige Alltagsorgen. Die Tage werden länger und damit die Lichtrechnung ein wenig niedriger. Es wird wärmer und es brauchen nicht mehr so viel teure Kohlen verbraucht zu werden. Leichtere Kleider kann man bald wieder tragen, die viel billiger sind und die man oft mit einfachen Mitteln selbst herstellen kann.

Was heutzutage ebenfalls zu einem Frühlingsanfang gehört, sind die vielen Modenschauen von Industrie und Handwerk, die um diese Zeit mit ihren neuesten Modellen und Kollektionen an die Öffentlichkeit treten. Ueberrascht ist man in diesem Frühling wohl kaum. Hat sich doch — vernünftigerweise — kaum viel geändert. Daß der New Look mit seinen überlangen und weiten Rücken gänzlich verschwunden ist, war uns bereits in der Herbstsaison nichts Neues mehr. Nach wie vor ist der glatte Rock mit Drapierungen, eingesetzten und lose überfallenden Faltenteilen seitlich, rückwärts oder in der Vorderpartie dominierend. Daneben behauptet sich die Pliisserecke. Wie gesagt, man trägt in diesem Jahr eigentlich alles, was gefällt. Lediglich der New Look, schon damals vielen ein Dorn im Auge, ist verpönt.

Damit ist nun nicht gesagt, daß nun jede Frau ihr vielleicht „schwer erkämpfte“ New-look-Kleid nicht mehr tragen könnte. So dumme werden wir wohl nicht sein. Man wird einfach ein wenig ändern und um einige Zentimeter kürzen.



Das sogenannte Sonnenkleid, wie man das weitausgeschnittene Kleid mit kleinem Jäckchen oder Bolero nennt, feiert auch in diesem Jahr wieder Triumphe, das heißt, wenn der Sommer schön und warm wird.

Unsere Zeichnung zeigt zwei der neuesten Modelle. Das erste Kleid, betont asymmetrisch, hat ein glattes, zum seitlich gezogenen Ausschnitt etwas gerafftes Oberteil, mit einer hübschen Blume oder Agraffe verziert. Sehr originell wirken die schräg um den Rock gehenden Knopfleisten.

Bei dem zweiten Modell wird über einem Pliissereck ein sehr schlicht gearbeitetes Jäckchen getragen, das mit zwei Reihen Goldknöpfen verziert ist. Die Knöpfe werden um den unteren Rand der Jacke weitergeführt. Unter der Jacke kann je nach Bedarf eine Sonnenbluse oder aber eine sportliche getragene werden.

An alle Hörer und Freunde des Deutschlandsenders

Wir weisen daraufhin, daß diejenigen Hörer, die den Deutschlandsender auf Kurzwelle 41,96 und 49,06 nicht empfangen, über den Sender Leipzig die beliebte und bekannte Sendung des Deutschlandsenders „Wir sprechen für Westdeutschland“ um 22.45 Uhr hören können.

Der Sender Leipzig sendet auf Mittelwelle 287 Meter 1043 khz (auf der Skala in der Nähe von Rennes).

Berlin sendet auf 383,1 Meter 782 khz und 191,1 Meter, 1570 khz.

Die Zündkerzen

Er hat eben den Führerschein erhalten. Sie sitzt zum erstenmal neben ihm, im Auto. Er fachsimpelt, sie hochmütlich zu. Auf einmal geht's nicht weiter. Er stößt auf sämtliche Knöpfe, tritt Fußhebel. — Vergeblich! Da meint sie: „Wahrscheinlich hat der Wind die Kerzen ausgeblasen!“

Dieter, der Medizinstudent in Göttingen, sagt zu einem befreundeten älteren Arzt: „Gott sei Dank, daß ich nun alle Prüfungen hinter mich habe. Es ist gräßlich, was ich in der letzten Zeit arbeiten mußte!“

Der Arzt lächelt: „Nun, lieber Kollege, dafür werden Sie jetzt lange, lange nichts zu tun haben.“

In Bayern herrscht zur Zeit eine Falschgeldschneise aller Werte überschwebt.

Nun fahren zwei von Marburg nach München. Einer will wissen: „Sind wir schon über die bayerische Grenze?“

Der andere meint: „So genau kenne ich mich in der Gegend hier auch nicht aus. Aber sehen Sie mal in Ihrer Brieftasche nach. Wenn Sie unter den Scheinen falsche finden, dann sind wir schon in Bayern.“



5. Fortsetzung

Ein junger Mann ladet ein Mädchen zum Kinobesuch ein, er begleitet sie nach Hause und vor ihrer Haustür spricht sie stets die eingelernte Formel: „Jetzt dürfen Sie mich küssen... und auf Wiedersehen.“

Einmal sagte ein Amerikaner zu mir: „Wir haben eine puritanische Moral, aber sie wird gelindert durch Überfluß an Whisky.“ Und tatsächlich, in Amerika wird sehr viel getrunken; es wird getrunken, um die Hemmungen zu überwinden. Wenn die Jugend zusammenkommt, gib es nach ein, zwei Stunden viele Betrunkene, zuerst die — Mädchen.

Die Zeitungen werden hauptsächlich gekauft wegen irgendwelcher dummer Geschichten, die als „Bunte Bilder“ wiedergegeben werden. Zwei Millionen Menschen sehen sich Tag für Tag auf dem Broadway die „Trick-Reklame“ an, die aus elektrischen Glühbirnen zusammengestellt ist: irgend-einer schlägt irgendeinen anderen — und die Menschen lachen. Oder es wird ein Geldstück in den Schlitz eines mechanischen Orakels gesteckt, das Glück im Beruf oder Kummer in der Liebe voraussagt. Aus der Ferne betrachtet, erscheinen die Menschen heiter, aber wenn man näher an sie herantritt, spricht aus ihnen Müdigkeit und Schwermut — die schwere, rauchige, verschwitzte Schwermut Amerikas.

XI

Ein Durchschnittsamerikaner in einer Durchschnittsstadt Amerikas wird mit Ueberzeugung davon sprechen, daß er der freieste

Mensch der Welt sei. Er ist der Meinung, daß der Staat kein Recht hat, sich in das Leben der Bürger einzumischen, und aus diesem Grunde ist er ein leidenschaftlicher Anhänger der privaten Initiative. Ich spreche gar nicht erst das Wort „Kommunist“ aus, denn schon allein das Wort „Sozialist“ bringt den Durchschnittsamerikaner in Aufregung. Vor kurzem hatte ein Amerikaner irgendeinen anderen wegen Beleidigung verklagt — der Beleidiger hatte den Beleidigten einen Sozialisten genannt. Der Kläger hat den Prozeß gewonnen, und der „Beleidiger“ wurde zu einer Geldstrafe verurteilt.

Die größten Elektrizitätswerke gehören Privatpersonen, und jedes Projekt einer Nationalisierung oder einer Munizipalisierung wird als ein Anschlag auf die Freiheit des Durchschnittsamerikaners angesehen, auch wenn dieser Durchschnittsamerikaner an diese Privatfirma das Dreifache des Elektrizitätspreises zahlen muß.

Ich besichtigte den Riesebau im Tal von Tennessee. Der verstorbene Präsident Roosevelt führte in sieben Südstaaten die Elektrizifizierung durch, und doch griffen ihn die Zeitungen an und sagten, daß der Steuerzahler derartige „verrückte Projekte“ nicht bezahlen werde. Und heute arbeitet dieses Elektrizitätswerk, das Lebensniveau der Bevölkerung ist beachtlich gestiegen, aber die Zeitungen brummen auch heute noch, und mit ihnen brummen die naiven Leser: „Dafür also geben wir unser Geld.“ Das Zentralwerk im Tale von Tennessee bringt dem Staat Einnahmen, aber die Steuerzahler

wissen davon nichts, denn die Zeitungen, die die Interessen von Privatpersonen verteidigen (das heißt der Elektrotrotzte), lehnen es ab, die Angaben des Staates über die Ausgaben für den Bau und die Einnahmen des Elektrowerkes zu veröffentlichen.

Privates Gas! Private Wasserleitungen! Private Straßen! Ich fuhr von Jackson nach Louisiana; die Brücke, die die beiden Staaten miteinander verbindet, befindet sich im Besitz einer Privatfirma, und wir mußten für das Befahren dieser Brücke anderthalb Dollar bezahlen. Die Amerikaner seufzen und zahlen und sagen dann stolz: „Dafür mischt sich auch unser Staat nicht in unsere privaten Angelegenheiten.“

Und doch tut der Staat — in Person einzelner Staaten — anscheinend nicht anderes, als sich ausschließlich in das Privatleben seiner Bürger einzumischen. Die Polizei in Newyork darf nachts in jedes Hotelzimmer eindringen, und wenn sie ein Pärchen findet, die Heiratsurkunde verlangen. Im Frühjah dieses Jahres passierte in dem Hotel, in dem ich einige Tage wohnte, ein amüsanter Fall: Zwei Verliebte wurden zur Polizei gebracht, weil sie keine Heiratsurkunde besaßen. Dann aber stellte es sich heraus, daß sie doch verheiratet waren, und sie reichten gegen den Hotelbesitzer eine Beleidigungsklage ein. Um eine schnelle Trauung zu vollziehen, braucht man nur von Tennessee nach Alabama zu fahren. An der Grenze dieses Staates Alabama sah ich überall einladende Aufforderungen: „Kommen Sie! Ich traue schnell und billig!“ — „Blitztrauung für vier Dollar!“ In Newyork ist es schwer, sich scheiden zu lassen — man muß sich dafür Zeugen mieten, die die Taschen ehelicher Untreue beweisen und außerdem ihren guten Namen durch die Gerichtssäle schleppen lassen müssen. Aber man kann sich auch nach dem Staat Nevada begeben — dort wird man sehr schnell geschieden, und es ist auch verhältnismäßig nicht teuer. Die Städte dieses Staates sind reich geworden! Aus ganz Amerika kommen die „leidgeprüften Touristen“ hierher, und in den Hotels kann man kaum ein Zimmer bekommen, so daß die eine Scheidung beantragenden Ehepaare, die die schon einige Jahre getrennt gelebt haben, sich zum Abschied in einem gemeinsamen Zimmer einmieten müssen.

In vielen Staaten gibt es Trocken- oder

Halbtrocken-Gesetze. Im Staate Mississippi ist der Verkauf von Wein verboten, und die Einwohner dieses Staates, die den Wunsch haben ihre Kehle zu öfen, fahren an die Grenze des Staates Louisiana. Ich habe dort sehr viele Trinklokale gesehen, und eines von ihnen trägt das ausdrucksvolle Schild „Zur letzten Chance“. In Washington darf man nur im Sitzen trinken — aber nicht im Whisky. Plötzlich kam der Kellner zu mir, nahm mir mein Glas weg und sagte: „Wir befinden uns jetzt auf dem Territorium eines „trockenen Staates“. In zwei Stunden werden wir ihn wieder verlassen, und dann wird wieder Whisky ausgeschenkt.“

Die Einmischung des Staates betrifft aber nicht nur Herz oder Magen, sondern auch die Hirne. Ich besuchte die Universität des Staates Tennessee, und die Professoren dort erzählten mir, daß die Gesetze dieses Staates es verbieten, in den Schulen die Entwicklungstheorie zu lehren — die Biologen müssen sich also an das Mythos von Adam und Eva halten. Das also ist ihre Freiheit! Der Staat mischt sich nicht ein, wenn ein Trust die Menschen ausraubt, aber der Staat wacht scharf darüber, was die Menschen trinken, wen sie küssen, und was sie denken.

XII

Die Geschichte der Vereinigten Staaten greift nicht in ferne Jahrhunderte zurück, ihre Geschichte ist eine wirklich neue Geschichte; die Menschen dieses Staates kennen nur aktuelle Fragen. Zwischen der Morgen- und der Abendzeit liegt für den Durchschnittsamerikaner fast eine ganze Epoche, und nicht immer erinnert er sich am Abend daran, was ihm am frühen Morgen noch erzählt hatte. Eine Dame sagte einmal zu mir: „Lesen Sie diesen Roman nicht — er ist doch keine Neuerscheinung, denn er ist schon vor zwei Jahren erschienen...“

Ein Europäer hat in Amerika immer das Empfinden, als ob etwas fehlt... aber was fehlt denn in diesem reichen Lande? Es fehlt die Vergangenheit, es fehlen die alten Steine, die man in Europa so oft gar nicht bemerkt, die aber helfen zu denken und zu leben. Es ist natürlich, daß die Amerikaner die wenigen Denkmäler ihrer Vergangenheit mit Liebe und Pietät umgeben, sei es

nun das Grundstück Washingtons oder das Haus Longfellow's oder auch die Taverne des Neuenglands. Der älteste Teil Amerikas heißt Neuengland. Hier ist es wie in einer englischen Provinz“, sagen stolz die Amerikaner. Aber der Europäer lächelt darüber, denn er sieht immer nur Amerika.

Neurleans hatte früher Frankreich gehört und bis heute noch leben in dieser Stadt „Kreolen“, die sich gebrochen in französisch verständigen können. Dort gibt es Restaurants, die die hohe Tradition der französischen Küche bewahrt haben. Es gibt ganze Häuserviertel aus dem 18. Jahrhundert mit engen Straßen, die sogar die französischen Namen behalten haben. In Amerika erscheinen alte Häuser besonders anziehend, und vor einem dieser alter Häuser schwur ich unwillkürlich Europa die Treue.

Für die Amerikaner ist Neurleans eine Art Pompeji, ein Ort der Wallfahrt. In dem alten Viertel Neurleans ist jedes Haus ein Antiquitätenladen oder eine stilisierte Taverne. Ich sah dort an einem sehr heißen Tage (die tropische Zone liegt nahe) ein furchtbares Bild: In einer Taverne wurde, um die „Atmosphäre“ des 18. Jahrhunderts aufrechtzuerhalten, ein riesiger Kamin geheizt. Schweißgebadet saßen die Amerikaner um diesen Kamin und tranken Eiswasser — sie wollten es sich nicht nehmen lassen, wenigstens eine kurze Zeit in einem echten alten Haus zu verbringen, in dem an Stelle von Radiatoren oder elektrischer Öfen ein riesiger verwitterter Kamin steht. Ein Amerikaner ist nicht zu begreifen, wenn man das Alter seines Landes vergißt. Die Amerikaner sind wie die Kinder — geradezu, offenherzig, neugierig und laut.

Ich habe mich mit einem der hervorragendsten Gelehrten unserer Zeit unterhalten, mit Professor Einstein, und ich zeigte ihm einen Artikel in einer amerikanischen Zeitung. Darin wurde der Wiederaufbau Stalingrads fast als ein Akt des „roten Imperialismus“ dargestellt. Einstein antwortete mir: „Vor noch nicht langer Zeit rief das Wort Stalingrad bei den Lesern dieser Zeitung, wie auch bei allen anderen Amerikanern, einen Sturm der Begeisterung hervor. Aber jetzt haben die Leser dieser Zeitung bereits vergessen, was Stalingrad war — hier versteht man es, zu vergessen...“

Neufestsetzung der Leistungen bei der AOK Donaueschingen

Donaueschingen. Der kürzlich im Gasthaus „zum Engel“ zusammengetretene Ausschuß der AOK befaßte sich vor allem mit der Neufestsetzung der Leistungen und dem Vorschlag für das Jahr 1950. Nachdem in einem ausführlichen Rechenschaftsbericht die Ausgaben und Einnahmen des vergangenen Jahres vorgelegt worden waren (Einnahmen 1,9 Mill., Ausgaben 1,7 Mill.), wurde darüber beraten, wie weit unter Berücksichtigung notwendiger Reserven die Leistungen der Kasse eine Verbesserung erfahren können. Schließlich wurde der Leistungsanbau wie folgt beschlossen: Erhöhung des Krankengeldes von 50 v. H. auf 80 v. H. des Grundlohnes; beginnend mit der 7. Woche der Arbeitsunfähigkeit, Zuschläge zum Krankengeld für jedes Kind 5 v. H. des Grundlohnes. Zuschläge zum Hausgeld für ersicherte mit mehr als einem Angehörigen, für jeden weiteren Angehörigen 5 v. H. des Grundlohnes. Taschengeld für ledige

Versicherte 10 v. H. des Krankengeldes mindestens 0,40 DM. Erhöhung des Sterbegeldes vom zwanzigfachen auf den dreißigfachen Betrag des Grundlohnes. Erhöhung der Zuschüsse für größere Heil- und Hilfsmittel von 30 auf 50 DM für Mitglieder und von 21 auf 35 DM für Familienangehörige. Die Zuschläge zum Krankengeld dürfen zusammen mit diesem 75 v. H. des Grundlohnes nicht übersteigen.

Freiburger Bühnen

Freiburg. Um auch auswärtigen Theaterfreunden Gelegenheit zum Besuch von Richard Wagners Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ zu geben, führen die städtischen Bühnen am Sonntag, 2. April, eine Fremdenvorstellung durch, die um 15 Uhr beginnt. Kartenbestellungen können schriftlich und telefonisch (3350) der Theaterkasse der Stadt, Bühnen Freiburg aufgegeben werden.

Am Montag, 27. März, Lieder- und Arienabend des berühmten Tenors, Kammer Sänger Franz Völker im Großen Haus. Dienstag, 28. März, voraussichtlich letzte Aufführung von Richard Strauß' „Rosenkavalier“ als Volksvorstellung zu halben Preisen (—50 bis 2,50 DM). In dieser Vorstellung singt Kammer Sängerin Hedwig Hillengaß von den städt. Bühnen Heidelberg a. G. a. A. die Partie der Marschallin.

Für Donnerstag, 30. März, bereitet das Schauspiel unter Leitung von Roland Ricklinger eine Neuinszenierung von Schillers „Don Carlos“ im Großen Haus vor. Titelrolle Arthur Pipa vom Staatstheater Wiesbaden a. G. a. A. In weiteren Hauptrollen: Claus Clausen a. G. (Philipp), Wolfgang Stumpf (Posa), Elisabeth Lothar a. G. a. A. (Königin), Henny Schneider-Wenzel (Eboli). Bühnenbild und Kostümentwürfe Friedhelm Strenger.

Am Freitag, 31. März, wird in den Spielplan des Kammertheaters das musikalische Lustspiel „Bezauberndes Fräulein“ von Ralph Benatzky in einer Inszenierung von Fr. W. Jürgens aufgenommen. Titelrolle: Annemarie Leber.

Fort mit dem Stacheldraht
Lörrach. Die Bemühungen, den Stachel draht an der deutsch-schweizerischen Grenze zu beseitigen, sind schon recht alt. Bisher aber war es nicht gelungen, den Forderungen der Grundeigentümer, die durch das Stachel drahtsystem erhebliche Einbußen erlitten, gerecht zu werden. In der letzten Stadtratsitzung wurde deshalb beschlossen, nochmals bei der Militärregierung und den zuständigen deutschen Dienststellen vorzustoßen, um die Entfernung des Stachel drahts an der Grenze zu erreichen.

Grenzgänger werden arbeitslos

Waldshut. Durch die Stilllegung des Schweizer Aluminiumwalzwerks in Schaffhausen werden erneut zahlreiche deutsche Grenzgänger, vorwiegend aus dem Zollatlasschluß gebiet bei Waldshut, betroffen. Die Arbeits marktfrage im südbadischen Grenzraum erfährt dadurch eine erneute Verschlechterung.

DAG-Versammlung

Lahr. Am Montag, dem 27. März, findet im „Falken“ in Lahr um 20 Uhr ein Berufsgruppenabend für kaufmännische Angestellte statt.

Friedenskundgebung in Tiengen

Am heutigen Samstag, 25. März 1950, findet die aus bekannten Gründen verschobene Kundgebung des Tiengener Frauenfriedenskomitees statt. Die Veranstaltung beginnt pünktlich um 20 Uhr im Gasthaus zum Ochsen. Neben einem guten kulturellen Programm wird die Gewerkschaftsfunktionärin Johanna Hemm aus Konstanz ein Kurzreferat halten.

Nicht in die offene Blüte spritzen

Freiburg. Von amtlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß die Obstbäume rechtzeitig vor der Blüte und nach Abfall der Blütenblätter gespritzt werden müssen, niemals aber in die offenen Blüten, weil dadurch den Bienen geschadet wird. Wer dieser Vorschrift zuwiderhandelt, ist mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe oder mit einer dieser beiden Strafen bedroht.

WIEDERGUTMACHUNG!

Soforthilfe * Haushaltsbeihilfe

Wir enttäuschen Sie nicht!

Rostfreie Bestecke
90 g versilberte Bestecke
Haushaltsmaschinen



F. Deuchler
Inh. Herm. Schmid
Offenburg Hauptstraße 76

Alles für's Büro

Carl Kist
OFFENBURG
Postfach 279 - Telefon 1527

Schöne Lederwaren
in großer Auswahl



Richard Kögler
Offenburg Hauptstraße 49
Das Fachgeschäft für Lederwaren-Reiseartikel

ALLEINVERKAUF, MARKE GRÜNGOLD

Günstig und preiswert kaufen Sie

Betten
Gardinen
Aussteuerartikel

wie immer im Fachgeschäft

Emil Tischer
Betten-, Textil- u. Aussteuergeschäft
OFFENBURG
Hauptstraße 85a - Tel. 1257

Modische Strickkleidung
Damen-Garnituren
Unterkleider
Herren-Hemden - Krawatten
Trikotagen aller Art
bietet Ihnen zu zeitgemäßen Preisen

Jos. Fäßler
Offenburg Gerberstr. 19

Uhren aller Art
zu Volkspreisen vom Fachmann



Schömann
OFFENBURG
Offenburg, Hauptstraße 98
neben Landratsamt
Uhren-Fachwerkstätte für gute Uhr-Reparaturen

Mit das Wichtigste ist ein gutes Marken-Rad



bei **FAHRRAD-Burgert**
Offenburg Tel. 1786

RADIO-WERBE-AKTION

Bis auf Weiteres verkaufe ich von meinem reichhaltigen Lager **Super-Geräte** von DM **168.-** an

von mehr als 100 Geräten Anzahlung nach Vereinbarung. Ich liefere sämtliche Geräte ohne jeglichen Aufschlag zum Barpreis auf 10-12 Monatsraten! Antennenbau. Beseitigung von Störungen. Eigene Reparaturwerkstatt.

Außerdem Gelegenheitskäufe in gebrauchten Geräten. Sämtliche Geräte enthalten den neuen Wellenplan.

HANSLAUB Offenburg, Ruf 224, Haupt-Ecke Gerberstr.
Radio-Elektro-Haus - Angeschlossen dem Warenkaufabkommen der Badischen Beamtenbank

LAHR

Jedermann soll schön wohnen!
Dazu hilft Ihnen aus reicher Erfahrung Ihr Möbelfachmann

August RUDER
seit 1888 LAHR seit 1888

Bekannt große Auswahl in allen Preislagen
Lieferung und Zahlung kostenlos
Zahlungs-Erleichterungen

Radio-Geräte
in reicher Auswahl zu bequemen Teilzahlungsbedingungen



RADIO Schmidlin

Große Auswahl Gute Qualität

finden Sie in dem bekannten

Textil- und Aussteuerhaus

PAUL SCHMID
LAHR
Marktstraße 11

Bürsten Thoma

das gute Fachgeschäft in

Bürsten - Parfümerien
Offenburg, Langstraße 10
bei Kloster

Eisenhandlung

Arnold Lang
LAHR Kaiserstraße

Eisenwaren, Haushaltswaren
Herde, Öfen, und Werkzeuge

Gediegene und gute Möbel

finden Sie bei uns in verschiedenen Preislagen!
Unverbindliche Besichtigung erbeten

K. BALLUFF
OFFENBURG
Langstraße 51 Telefon 1100

Für das Frühjahr die gute sportliche Bekleidung
FOR DAMEN, HERREN UND KINDER
in großer Auswahl - bekannt bester Qualität

Sport-Grimm, Offenburg, Hauptstraße 56

PhotoGrimm Kino
OFFENBURG I. B. W. GRIMM - E. HEINZELMANN

Hauptstraße 69 Telefon 2218
Das leistungsfähige Photohaus

Lampen u. Elektro-Geräte

VON **Pitterst**
HEINRICH
Das Elektrofachgeschäft
Am Lindenplatz in Offenburg

Kaufhaus
JOHANN K. WEIHER
Inhaber Wilhelm Weiher

Das führende Spezialgeschäft für

Haus- und Küchengeräte
Glas, Porzellan und Keramik

OFFENBURG
Hauptstraße 78 - Telefon 1343